

Stadtvertretung - Protokoll der 4. Sitzung am 10. Dezember 2020

Aktenzahl d004.1-2/2020-8

Die Sitzung findet am Donnerstag, 10. Dezember 2020, 18:05 Uhr, im Kulturhaus unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann statt.

	Partei	anwesende Stadtvertreter	
1	VP	Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann, Bürgermeisterin	
2	VP	Julian Fässler, Stadtrat	
3	GRÜNE	Mag. Dr. Juliane Alton, Stadtrat	
4	VP	Marie Louise Hinterauer, Stadtrat	
5	SPÖ	Markus Fäßler, Vizebürgermeister	
6	FPÖ	Christoph Waibel, Stadtrat	
7	VP	Dr. Alexander Juen, Stadtrat	
8	GRÜNE	DI Martin Hämmerle, Stadtrat	
9	VP	Dr. Thomas Winsauer MBL	online
10	NEOS	Wolfgang Fäßler	Dr. Martina Hladik
11	VP	Mag. (FH) Karin Feurstein-Pichler, Stadtrat	
12	SPÖ	Severine Engel	online
13	GRÜNE	Vahide Aydin	online
14	VP	Mag. Dr. Hanno Lecher	online
15	FPÖ	Walter Schönbeck	
16	VP	Melanie Forer-Pernthaler	Jakob Wirth
17	GRÜNE	Aaron Wölfling	online
18	VP	Guntram Mäser	Werner Dünser - online
19	SPÖ	Dominik Steinwider	Johanna Ortner
20	VP	Christina Rusch MSc	online
21	NEOS	Günter Scrinzi	
22	GRÜNE	Ingrid Benedikt	
23	FPÖ	Astrid Pöltz (ab Punkt 2)	
24	VP	Mag. Jochen Weber	online
25	VP	Helga Dünser	
26	SPÖ	Banu Sevgi	
27	VP	Josef Moosbrugger	online
28	GRÜNE	Mag. Dr. Manfred Hämmerle	Mag. Wolfgang Juen
29	VP	DI Johannes Zangerl	
30	FPÖ	Wernfried Amann	online
31	VP	Johanna Klocker	Mag. Dr. Küng Johannes MA - online
32	GRÜNE	Susanne Fritz-Balint	

33	NEOS	Elisabeth Feuerstein	
34	SPÖ	Attila Sönmez	
35	VP	Stefanie Salzmann	online
36	VP	Simon Schwark BSc	online

Anwesende "Auskunftspersonen"

SAD Dr. Hanno Ledermüller

Mag. Sabine Sandholzer-Hämmerle - online

MMag. Elisabeth Fink-Schneider - online

Monika Thaler - online

DI Martin Assmann - online

Mag. Guntram Mathis

Peter Johler (ab Punkt 6)

Dir. Mag. Helmut Fornetran (bis inkl. Punkt 3)

Chefarzt Univ.-Doz. Prim. Dr. Walter Neunteufel (bis inkl. Punkt 3)

Pflegedir. Bertram Ladner (bis inkl. Punkt 3)

Mag. Ralf Hämmerle

Schriftführerin

Karin Rusch

Die VORSITZENDE stellt die ordnungsgemäße Einladung der Mitglieder der Stadtvertretung sowie ihre Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnung

- 1 Berichte
- 2 Voranschlag 2021 des Krankenhauses Dornbirn
- 3 Voranschlag 2021 der Gesundheits- und Krankenpflegeschule Unterland
- 4 Quartier Mittebrunnen - Verpflichtung zur Einholung von Baugrundlagen
- 5 Verordnungen über das Maß der baulichen Nutzung
- 6 Änderungen des Flächenwidmungsplans – Einzelfälle
- 7 Verzicht auf ein Vorkaufsrecht für die Gst.-Nrn. 9413/7, 9413/8 und 9413/17
- 8 Änderung der Vergnügungssteuerverordnung
- 9 Friedhofsgebühren - Anpassung
- 10 Erhöhung des Baudarlebens für die Stadtbibliothek - Bedienung durch die Dornbirner Sparkasse
- 11 Beschäftigungsrahmenplan 2021
- 12 Mehrwert von (Schul-) Gebäuden für die Stadt Dornbirn mit dem "Holz von Hier" Umweltzeichen

- 13 Dornbirn beteiligt sich aus humanitären Gründen an gerechter und geordneter Verteilung von Geflüchteten
- 14 Voranschlag 2021 der Stadt Dornbirn
- 15 Ermächtigung des Stadtrates gemäß § 76 Abs 2 Gemeindegesetz
- 16 Genehmigung des Protokolls der 3. Sitzung der Stadtvertretung vom 17. November 2020
- 17 Allfälliges

1 Berichte

1.1 Stadtvertretungssitzung als Livestream

Die VORSITZENDE berichtet, dass in der letzten Sitzung der Stadtvertretung das Thema „Stadtvertretungssitzung als Livestream“ diskutiert worden sei.

SAD Dr. Hanno LEDERMÜLLNER bringt den Bericht der Abteilung Stadtamtsdirektion vom 6. Dezember 2020 betreffend „Stadtvertretungssitzung als Livestream“ zur Kenntnis. Livestream-Sitzungen seien eine sehr positive Weiterentwicklung der Sitzungsöffentlichkeit. Allerdings seien dabei auch etwaige Restriktionen in Bezug auf den Datenschutz zu beachten. Dazu gebe es unterschiedliche Rechtsmeinungen. Insbesondere weist er auf das Rechtsgutachten des Städtebundes hin.

Die VORSITZENDE merkt an, dass Einigkeit darüber bestehe, bei künftigen Stadtvertretungssitzungen Livestream-Sitzungen zu ermöglichen.

StR. Dr. Juliane ALTON ersucht den Stadtamtsdirektor um Übermittlung des Gutachtens des Städtebundes.

2 Voranschlag 2021 des Krankenhauses Dornbirn

Die VORSITZENDE erläutert die wichtigsten Eckpunkte.

Der Voranschlag sei sowohl im Gesundheitsausschuss als auch im Finanzausschuss umfassend diskutiert worden. In beiden Ausschüssen habe man einstimmig die Beschlussfassung durch die Stadtvertretung empfohlen. Krankenhäuser befänden sich aufgrund der aktuellen Situation in einer sehr herausfordernden Situation. Neu eingeführt wurde das Konzept der Triage. Nächstes Jahr sei geplant, das ambulante pädiatrische Zentrum zu eröffnen. Damit könne der kinderärztliche Dienst verbessert werden.

Sie bedanke sich herzlich bei der Krankenhausleitung und beim gesamten Team des Krankenhauses.

Vizebgm. Markus FÄSSLER bedankt sich im Namen der Dornbirner SPÖ bei den Bediensteten des Stadtspitals Dornbirn und bei den Dornbirner Gesundheitseinrichtungen; in dieser schwierigen Zeit sei hervorragend gearbeitet worden. Es sei ihm ein besonderes Anliegen, dass Besucher der Dornbirner Heime und auch Patienten, die über Weihnachten nach Hause dürfen, bestmöglich

geschützt werden. Von zentraler Bedeutung sei auch der Schutz der Bediensteten im Krankenhaus und in den Pflegeheimen.

Er regt an, für Besucher und Patienten, die über Weihnachten nach Hause dürfen, einen Testcontainer einzurichten.

Chefarzt Univ.-Doz. Prim. Dr. Walter NEUNTEUFEL erläutert, dass alle Maßnahmen, die notwendig sind, um Menschen zu schützen und sie zu betreuen, immer in Abstimmung mit den anderen Krankenhäusern getroffen würden. Es gebe eine landesweite Task Force. Die Idee sei gut und werde dort eingebracht.

StR. Christoph WAIBEL merkt an, dass Besucher von sterbenden Patienten zum Teil nicht oder nur sehr schwer ins Spital kommen konnten. Auch das sei mitzudenken.

Er bedanke sich für die wertvolle Arbeit, die unter den erschwerten Bedingungen geleistet worden sei. Besonders hervorzuheben sei ferner die kollegiale Zusammenarbeit bei den ständigen Umbauarbeiten im Krankenhaus.

StR. Dr. Juliane ALTON bedankt sich ebenfalls bei der Krankenhausleitung. Aufgrund der aktuellen Situation sei es nicht einfach, ein Budget zu erstellen. Ihr Dank gelte auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Krankenhauses für die gerade in dieser Zeit sehr herausfordernde Arbeit.

StV. Elisabeth FEUERSTEIN schließt sich den Dankesworten an. Sie erkundigt sich, wie die Zusammenarbeit mit der Krankenhausbetriebsgesellschaft in Zukunft noch weiter ausgebaut werde.

Dir. Mag. Helmut FORNETRAN erläutert, dass es zwei Projekte gebe. Das eine sei "Mein Spital 2030", bei dem es im Wesentlichen um inhaltliche Schwerpunktbildungen gehe. Weiters habe man eine Kooperationsvereinbarung mit der KHBG und dem Land unterzeichnet. Dazu gebe es einen Aufgabenkatalog, in dem verschiedene Themen angesprochen werden.

StV. Elisabeth FEUERSTEIN fragt nach, ob der Kooperationsvertrag einsehbar sei.

Die VORSITZENDE merkt an, dass der Letter of Intent eingesehen werden könne.

StV. Ingrid BENEDIKT erkundigt sich, ob das Coronamanagement des Krankenhauses auch mit den Pflegeheimen zusammenarbeite oder ob das getrennt sei.

Pflegedir. Bertram LADNER erläutert, dass das Management aufgrund unterschiedlicher Anforderungen getrennt sei.

MMag. Elisabeth FINK-SCHNEIDER teilt mit, dass die Pflegeheime mit dem Krisenmanagement des Landes zusammengeschlossen seien. Man stimme sich regelmäßig ab.

Beschluss

- A.** Der Voranschlag 2021 n.d. Spitalbeitragsgesetz für das Krankenhaus der Stadt Dornbirn (Seite 12) wird in der vorliegenden Fassung mit
Ausgaben in Höhe von: € 94.613.400,00

Einnahmen in Höhe von: € 53.415.800,00
 somit einem Abgang in Höhe von: € 41.197.600,00
 genehmigt.

B. An die Vbg. Landesregierung wird der Antrag gestellt, sie solle die Pflege- und Sondergebühren für das Jahr 2021 wie folgt festsetzen:

	Tarif i. VJ	2021
I. Pflegegebühren pro Tag:		
1) Allgemeine Pflegeklasse	851,19	886,91
2) Sonderklasse		
a) Zuschlag für Sonderklasse	333,16	336,18
b) Zuschlag für Einbettzimmer mit Dusche/Bad	43,00	44,00
II. Gebühren je Leistungspunkt:		
	1,23	1,48
III. Sondergebühren für ambulatorische Behandlungen:		
1) Ambulante Versorgung:		
a) bei erstmaliger Behandlung:		
Allgem. Ambulanz-Pauschale	101,67	102,89
Zuschlag für Röntgen	108,58	109,89
b) bei mehrmaliger Behandlung:		
Allgem. Ambulanz-Pauschale	60,81	61,54
Zuschlag für Röntgen	64,98	65,76
2) Computertomographie:	216,44	219,03
3) Magnetresonanztomographie (MRT):	434,05	439,27
4) Physikalische Therapie:		
a) erstmalige Behandlung	54,52	55,17
b) je Folgebehandlung	32,61	33,00
5) Ultraschall:		
je Untersuchung	75,49	76,39
6) Endoskopie:		
a) Endosk. retrogr. Cholangiopankretographie (ERCP)	388,57	393,23
b) Gastro-Duodenoskopie	173,25	175,33
c) Perkutane endoskop. Gastrotomie (PEG)	207,65	210,15
d) Koloskopie, Rektoskopie	252,07	255,09
e) Bronchoskopie	243,48	246,40
f) Andere endosk. Untersuchung	255,42	258,49

In den vorgenannten Tarifen ist ein allfälliger Beihilfenkürzungsbetrag gem. § 2 Abs. 1 des Gesundheits- u. Sozialbereich-Beihilfengesetzes, BGBl. Nr. 746/1996, enthalten.

(einstimmig)

3 Voranschlag 2021 der Gesundheits- und Krankenpflegeschule Unterland

Der Voranschlag 2021 n.d. Spitalbeitragsgesetz für die Gesundheits- und Krankenpflegeschule Unterland wird in der vorliegenden Fassung

mit Ausgaben in Höhe von:	€	2.976.800,00
mit Einnahmen in Höhe von:	€	2.976.800,00
somit einem Abgang in Höhe von:	€	0,00

genehmigt.

(einstimmig)

4 Quartier Mittebrunnen - Verpflichtung zur Einholung von Baugrundlagen

StR. Julian FÄSSLER erläutert, dass vor einem Jahr ein Quartierentwicklungskonzept im Bereich Mittebrunnen beschlossen worden sei. Die Bezirkshauptmannschaft Dornbirn habe die Stadt auf einen kleinen Formfehler aufmerksam gemacht. Deswegen müsse der Antrag vom 12. Dezember 2019 zurückgezogen und ein neuer Antrag gestellt werden.

Beschluss

Folgender Antrag wird zurückgezogen:

Gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetz, LGBl.Nr. 34/2008, wird für das Betriebsgebiet „Mittebrunnen“ zwischen ÖBB-Bahnlinie, Bildgasse und Schmelzhütterstraße folgende Verordnung erlassen: Innerhalb des in der Beilage dargestellten Gebietes ist vor jeder Einbringung eines Bauantrags für Vorhaben nach § 18 Abs. 1 lit. a, c und f des Baugesetzes ein Antrag auf Baugrundlagenbestimmung zu stellen.

Neuer Antrag:

Gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetz, LGBl.Nr. 34/2008, wird für das Betriebsgebiet „Mittebrunnen“ zwischen ÖBB-Bahnlinie, Bildgasse und Schmelzhütterstraße folgende Verordnung erlassen: Innerhalb des in der Beilage dargestellten Gebietes ist vor jeder Einbringung eines Bauantrags für Vorhaben nach § 18 Abs. 1 lit. a und c des Baugesetzes ein Antrag auf Baugrundlagenbestimmung zu stellen.

(einstimmig)

5 Verordnungen über das Maß der baulichen Nutzung

5.1 Verordnung über das Maß der baulichen Nutzung im Bereich Lachenmahd

Der Entwurf zur Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Gst.-Nr. 21218, KG Dornbirn, Gebiet Lachenmahd wird wie folgt beschlossen:

§ 1

Diese Verordnung gilt nur für Flächen, die als Bauflächen gewidmet sind.

§ 2

Für das Grundstücks Gst.-Nr. 21218, KG Dornbirn, wird das Mindestmaß der baulichen Nutzung mit einer Baunutzungszahl von 30 festgelegt.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(einstimmig)

5.2 Verordnung über das Maß der baulichen Nutzung im Bereich Watzenegg

Der Entwurf zur Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Gst.-Nr. 14176/3 Gebiet Watzenegg, KG Dornbirn, mit folgendem Inhalt wird beschlossen:

§ 1

Diese Verordnung gilt nur für Flächen, die als Bauflächen gewidmet sind.

§ 2

Für das Grundstücks Gst.-Nr. 14176/3, KG Dornbirn, wird das Mindestmaß der baulichen Nutzung mit einer Geschoszahl von 2 Geschossen festgelegt.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(einstimmig)

5.3 Verordnungen über das Maß der baulichen Nutzung im Bereich Am Eisweiher

Gst.-Nr. 9059/7

Der Entwurf zur Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Gst.-Nr. 9059/7 Gebiet Am Eisweiher, KG Dornbirn, mit folgendem Inhalt wird beschlossen:

§ 1

Diese Verordnung gilt nur für Flächen, die als Bauflächen gewidmet sind.

§ 2

Für das Grundstücks Gst.-Nr. 9059/7, KG Dornbirn, wird das Maß der baulichen Nutzung mit einer Mindestgeschosszahl von 2 Geschossen festgelegt.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

Gst.-Nr. 9059/8

Der Entwurf zur Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Gst.-Nr. 9059/8 Gebiet Am Eisweiher, KG Dornbirn, mit folgendem Inhalt wird beschlossen:

§ 1

Diese Verordnung gilt nur für Flächen, die als Bauflächen gewidmet sind.

§ 2

Für das Grundstücks Gst.-Nr. 9059/8, KG Dornbirn, wird das Maß der baulichen Nutzung mit einer Mindestgeschosszahl von 2 Geschossen festgelegt.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(einstimmig)

5.4 Verordnung über das Maß der baulichen Nutzung im Bereich In Fängen

StR. DI Martin HÄMMERLE merkt an, dass eine Umwidmung von Kleingärten in Baufläche beschlossen werden soll. Es gebe in Dornbirn eine sehr lange Warteliste für Kleingärten. Gerade in Zeiten wie Corona werden Kleingärten für Wohnungsbesitzer immer wichtiger.

StR. Julian FÄSSLER erläutert, dass das Grundstück nicht im Besitz der Stadt sei. Die Eigentümer hätten sich dazu entschlossen, den Pachtvertrag mit der Stadt aufzulösen.

Beschluss

Der Entwurf zur Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Grundstück Gst.-Nr. 20713, KG Dornbirn, Gebiet In Fängen wird wie folgt beschlossen:

§ 1

Diese Verordnung gilt nur für Flächen, die als Bauflächen gewidmet sind.

§ 2

Für das Grundstück Gst.-Nr. 20713, KG Dornbirn, wird das Mindestmaß der baulichen Nutzung mit einer Baunutzungszahl von 50 festgelegt.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(gegen 3 Stimmen der GRÜNEN)

5.5 Verordnung über das Maß der baulichen Nutzung im Bereich Knie

StR. DI Martin HÄMMERLE merkt an, dass eine Umwidmung von Freifläche in Baufläche beschlossen werden soll. Der Bau von mehreren Einfamilienhäusern sei zu hinterfragen. In Zeiten der Erderwärmung könne die Fraktion der GRÜNEN dieser Umwidmung nicht zustimmen.

StR. Julian FÄSSLER merkt an, dass nicht die gesamte Fläche umgewidmet werde, sondern nur jene Flächen, die in den Bebauungskonzepten dafür vorgesehen seien.

Beschluss

Der Entwurf zur Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Gst.-Nr. 11390 Gebiet Knie, KG Dornbirn, mit folgendem Inhalt wird beschlossen:

§ 1

Diese Verordnung gilt nur für Flächen, die als Bauflächen gewidmet sind.

§ 2

Für das Grundstücks Gst.-Nr. 11390, KG Dornbirn, wird das Mindestmaß der baulichen Nutzung mit einer Geschosshöhe von 2 Geschossen festgelegt.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(gegen 7 Stimmen der GRÜNEN sowie 3 Stimmen der NEOS)

5.6 Verordnung über das Maß der baulichen Nutzung im Bereich Forach

Der Entwurf zur Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Gst.-Nr. 9353/4, Gebiet Forachstraße, KG Dornbirn, mit folgendem Inhalt wird beschlossen:

§ 1

Diese Verordnung gilt nur für Flächen, die als Bauflächen gewidmet sind.

§ 2

Für das Grundstücks Gst.-Nr. 9353/4, KG Dornbirn, wird das Mindestmaß der baulichen Nutzung mit einer Geschosshöhe von 2 Geschossen festgelegt.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(einstimmig)

6 Änderungen des Flächenwidmungsplans – Einzelfälle

6.1 Änderungen des Flächenwidmungsplans im Bereich Knie - Entwurf

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplanes wird gemäß dem Plan vom 24. Juni 2020, Zl. 031.21-30-2019 beschlossen.

Es ergeben sich folgende Änderungen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlich- machung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlich- machung	FW-Fläche m ²
92001	Knie 11390	Freifläche Freihaltegebiet	Baufläche- Wohngebiet befristet; Folgewidmung: Bauerwartungs- fläche- Wohngebiet	1036

Festlegung der Ersichtlichmachung Fußweg, Radweg (Planung) gemäß § 12 Abs. 8 RPG über die Gst.-Nrn. 20958, 11390, 11391/2, 11395/10, 11395/9.

(gegen 7 Stimmen der GRÜNEN sowie 3 Stimmen der NEOS)

6.2 Änderungen des Flächenwidmungsplans im Bereich Forach - Entwurf

StR. Dr. Juliane ALTON berichtet, dass der Bau der Volksschule ursprünglich auf dem nördlich angrenzenden Grundstück geplant gewesen sei. Dieses Grundstück sei wesentlich größer und somit besser geeignet. Dieses Grundstück sei aber nicht im Besitz der Stadt; man habe versucht, es zu erwerben. Das Grundstück, das jetzt für die Volksschule umgewidmet werde, sei sehr eng bemessen. Es wäre gut möglich gewesen, das Grundstück an der Bartle-Zumtobel-Straße als Vorbehaltsfläche zu widmen. Man müsste weitere Mittel versuchen, um das noch besser geeignete Grundstück zu bekommen.

DI Martin ASSMANN weist auf das nördlich gelegene Grundstück hin. Dort sei sehr wohl eine Vorbehaltsfläche gewidmet. Es wäre von der Widmung her möglich, dort eine Volksschule zu errichten. Man habe intensive Gespräche mit den Eigentümern geführt. Ein Erwerb sei aber leider nicht möglich gewesen.

Beschluss

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans wird gemäß dem Plan vom 06.10.2020, Zl.

d031.21-11-2020 beschlossen. Daraus ergeben sich folgende Änderungen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlich- machung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlich- machung	FW-Fläche m ²
92001	Forach 9342/1	Verkehrsfläche Straßen (Planung)	Baufläche- Wohngebiet	143
92001	9346/2	Verkehrsfläche Straßen (Planung)	Baufläche- Wohngebiet	96
92001	9346/2	Verkehrsfläche Straßen	Baufläche- Wohngebiet	3
92001	9346/13	Freifläche Freihaltegebiet	Vorbehaltsfläche [1]: Volksschule Basiswidmung: Baufläche Mischgebiet	360
92001	9346/13	Baufläche- Wohngebiet	Vorbehaltsfläche [1]: Volksschule Basiswidmung: Baufläche Mischgebiet	1
92001	9346/13	Verkehrsfläche Straßen	Vorbehaltsfläche [1]: Volksschule Basiswidmung: Baufläche Mischgebiet	1
92001	9346/14	Freifläche Freihaltegebiet	Verkehrsfläche Straßen	72
92001	9346/14	Verkehrsfläche Straßen (Planung)	Verkehrsfläche Straßen	1
92001	9346/14	Baufläche- Wohngebiet	Verkehrsfläche Straßen	18
92001	9353/4	Vorbehaltsfläche Sportfläche – Basiswidmung Freifläche Freihaltegebiet	Vorbehaltsfläche [1]: Volksschule Basiswidmung: Baufläche Mischgebiet befristet, Folgewidmung: Bauerwartungs- fläche Mischgebiet –	

92001	9353/4	Vorbehaltsfläche Sportfläche – Basiswidmung Freifläche Freihaltegebiet	Freifläche Freihaltegebiet	520
92001	20168	Freifläche Freihaltegebiet – Ersichtlich- machung: Gewässer	Vorbehaltsfläche [1]: Volksschule Basiswidmung: Baufläche Mischgebiet	329
92001	20168	Vorbehaltsfläche Sportfläche – Basiswidmung Freifläche Freihaltegebiet	Vorbehaltsfläche [1]: Volksschule Basiswidmung: Baufläche Mischgebiet	23

(einstimmig)

6.3 Änderungen des Flächenwidmungsplans im Bereich Watzenegg - Entwurf

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans im Gebiet Watzenegg wird gemäß dem Plan vom 17.09.2020, Zl. d031.21-12-2020 beschlossen. Daraus ergeben sich folgende Änderungen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlich- machung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlich- machung	FW-Fläche m ²
92001	Watzenegg 14176/3	Freifläche Landwirtschafts- gebiet	Baufläche Wohngebiet befristet; Folgewidmung: Bauerwartungs- fläche- Wohngebiet	591
	14163/8	Freifläche Landwirtschafts- gebiet	Baufläche Wohngebiet befristet; Folgewidmung: Bauerwartungs- fläche- Wohngebiet	18

(einstimmig)

6.4 Änderungen des Flächenwidmungsplans im Bereich Am Eisweiher 28-2019 - Entwurf

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans wird gemäß dem Plan vom 03.11.2020, Zl. d031.21-28-2019 beschlossen. Dabei ergeben sich folgende Änderungen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlichmachung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlichmachung	FW-Fläche m ²
92001	Am Eisweiher 9059/8	Freifläche Freihaltegebiet	Baufläche Wohngebiet befristet, Folgewidmung: Bauerwartungsfläche Wohngebiet	1026

(einstimmig)

6.5 Änderungen des Flächenwidmungsplans im Bereich Bildgasse - Entwurf

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans im Gebiet Bildgasse wird gemäß dem Plan vom 27. April 2020, Zl. d031.21-5-2020 beschlossen. Daraus ergeben sich folgende Änderungen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlichmachung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlichmachung	FW-Fläche m ²
92001	Bildgasse .2471	Verkehrsfläche Schienenbahn: Ersichtlichmachung - Bahn	Baufläche-Betriebsgebiet Kategorie I	142
	10900/1	Verkehrsfläche Schienenbahn: Ersichtlichmachung - Bahn	Baufläche-Betriebsgebiet Kategorie I	19
	10900/1	Verkehrsfläche Straßen	Baufläche-Betriebsgebiet Kategorie I	12
	10900/1	Verkehrsfläche Straßen	Verkehrsfläche Schienenbahn: Ersichtlichmachung - Bahn	28
	10900/1	Baufläche-Betriebsgebiet Kategorie I	Verkehrsfläche Schienenbahn: Ersichtlich-	34

			machung - Bahn	
	8853/5	Verkehrsfläche Schienenbahn: Ersichtlich- machung - Bahn	Baufläche- Betriebsgebiet Kategorie I	30
	20263	Baufläche- Betriebsgebiet Kategorie I	Verkehrsfläche Straßen	17

(einstimmig)

6.6 Änderungen des Flächenwidmungsplans im Bereich Am Feuergraben - Entwurf

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans wird gemäß dem Plan vom 17.09.2020, Zl. d031.21-7-2020 beschlossen. Folgende Änderungen ergeben sich daraus.

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlich- machung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlich- machung	FW-Fläche m ²
92001	Am Feuergraben 9090/8	Freifläche- Freihaltegebiet	Baufläche- Wohngebiet	202

(einstimmig)

6.7 Änderungen des Flächenwidmungsplans im Bereich Müllerstraße - Beschluss

Der Flächenwidmungsplan wird wie folgt beschlossen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlich- machung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlich- machung	FW-Fläche m ²
92001	Müllerstraße 7576/2	Freifläche- Freihaltegebiet	Baufläche Wohngebiet	25

(einstimmig)

6.8 Änderungen des Flächenwidmungsplans im Bereich In Fängen - Entwurf

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans, beschlossen in der 1. Abstimmung der Stadtvertretung im Umlaufweg vom 18. Mai 2020, wird zurückgezogen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlich- machung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlich- machung	FW-Fläche m ²
92001	In Fängen 20713	Freifläche- Sondergebiet Kleingärten	Baufläche- Wohngebiet	6400

Folgende Änderung des Flächenwidmungsplans wird wie folgt als Entwurf beschlossen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlich- machung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlich- machung	FW-Fläche m ²
92001	In Fängen 20713	Freifläche- Sondergebiet Kleingärten	Baufläche Wohngebiet befristet, Folgewidmung: Bauerwartungs- fläche- Wohngebiet	6400

(gegen 2 Stimmen der GRÜNEN)

6.9 Änderungen des Flächenwidmungsplans im Bereich Am Eisweiher 27-2019 - Entwurf

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans wird gemäß dem Plan vom 03.11.2020, Zl. d031.21-27-2019 beschlossen. Dabei ergeben sich folgende Änderungen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlich- machung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlich- machung	FW-Fläche m ²
92001	Am Eisweiher 9059/7	Freifläche Freihaltegebiet	Baufläche Wohngebiet befristet, Folgewidmung: Bauerwartungs- fläche- Wohngebiet	1026

Löschung der Ersichtlichmachung: Fußweg, Radweg (Planung) zwischen den Gst.-Nrn. 9059/7 und 9059/8.

Festlegung der Ersichtlichmachung: Fußweg, Radweg (Planung) zwischen den Gst.-Nrn. 9059/1, 9059/7 und 9058/5.

(einstimmig)

6.10 Änderungen des Flächenwidmungsplans im Bereich Lachenmahd - Entwurf

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans wird gemäß dem Plan vom 19.10.2020, Zl. d031.21-16-2020 beschlossen. Daraus ergeben sich folgende Änderungen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlich- machung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlich- machung	FW-Fläche m ²
92001	Lachenmahd 21218	Bauerwartungs- fläche Wohngebiet	Baufläche Wohngebiet befristet, Folgewidmung: Bauerwartungs- fläche Wohngebiet	3022
92001	20217	Bauerwartungs- fläche Wohngebiet	Freifläche Freihaltegebiet Ersichtlich- machung: Gewässer	170

(einstimmig)

6.11 Änderungen des Flächenwidmungsplans im Bereich Jennen - Entwurf

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans wird gemäß dem Plan vom 06. Oktober 2020, Zl. d031.21-9-2020 beschlossen. Dabei ergeben sich folgende Änderungen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung -Bestand Ersichtlich- machung	Flächenwidmung -Änderung Ersichtlich- machung	FW-Fläche m ²
92001	Jennen 11715/2	Freifläche Landwirtschafts- gebiet	Baufläche Wohngebiet	111

(einstimmig)

7 Verzicht auf ein Vorkaufsrecht für die Gst.-Nrn. 9413/7, 9413/8 und 9413/17

Auf Anregung von StR. Dr. Juliane ALTON wird der vorliegende **Antrag** im Punkt c) wie folgt ergänzt.

Vizebgm. Markus FÄSSLER merkt an, dass diese Rad- und Fußwegwegverbindung nach Möglichkeit sehr nahe am Rande des Betriebsgebiets geführt werden soll.

Beschluss

Die Stadt Dornbirn verzichtet auf das Vorkaufsrecht für die Gst.-Nrn. 9413/7, 9413/8 und 9413/17 zugunsten von AKKU Mäser GmbH bzw. einer ihr direkt zuordenbaren Firma bis zum 31. Dezember 2022 unter folgenden Bedingungen

- a) Die Stadt Dornbirn erhält ein Vorkaufsrecht für die Gst.-Nrn. 9413/7, 9413/8 und 9413/17 zum Verkehrswert.
- b) Die Stadt Dornbirn erhält eine Kaufoption zum Verkehrswert für die Gst.-Nrn. 9413/7, 9413/8 und 9413/17, falls die AKKU Mäser GmbH bzw. einer ihr direkt zuordenbaren Firma nicht binnen 3 Jahren mit dem Bau des Firmengebäudes beginnt. Diese Frist wird durch aufrechte Verfahren für notwendige Bewilligungen für den Bau des Firmengebäudes gehemmt.
- c) Die Stadt Dornbirn findet mit der Firma AKKU Mäser GmbH bzw. einer ihr direkt zuordenbaren Firma eine Lösung für die entsprechend dem Flächenwidmungsplan ost-west verlaufenden Fuß- und Radwegverbindungen in einer Breite von mindestens 2 Meter.
- d) Die Stadt Dornbirn übernimmt jene Flächen aus der Gst.-Nr. .1191, welche im Flächenwidmungsplan als Verkehrsflächen gewidmet sind, sowie die Miteigentumsanteile der Gst.-Nr. 9413/3, welcher nach Erwerb des gegenständlichen Areals der Firma AKKU Mäser GmbH bzw. einer ihr direkt zuordenbaren Firma zusteht, kostenlos ins öffentliche Gut. Die Übertragung jener Flächen findet statt, sobald der Planungsprozess beendet ist, jedenfalls jedoch vor Baubeginn. Zulässig sind Verschiebungen jener Flächen, sofern dadurch eine bessere Bebauung des Areals möglich ist und eine gleichwertige Erschließung und Durchgängigkeit für einen Fuß- und Radweg in Kombination mit lit c sichergestellt ist.

(einstimmig)

8 Änderung der Vergnügungssteuerverordnung

Gemäß § 17 Abs. 3 Zi. 1 Finanzausgleichsgesetz 2017, BGBl. I Nr. 116/2016 i.d.g.F. in Verbindung mit § 1 Abs. 3 Gemeindevergnügungssteuergesetz, LGBl.Nr. 49/1969 i.d.g.F. wird verordnet, im Bereich des Stadtgebietes der Stadt Dornbirn nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eine Vergnügungssteuer einzuheben:

Vergnügungssteuerverordnung (Verordnung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer)

§ 1

Steuerpflichtige Veranstaltungen

Für folgende in Dornbirn stattfindenden Veranstaltungen bzw. Vergnügungen ist eine Steuer zu entrichten:

- a) der Volksbelustigung dienende Anlagen wie z. B. Karussells, Riesenräder, Achterbahnen, Geisterbahnen, Schaukeln aller Art, Schießbuden, Spielbuden aller Art, Kraftmesser udgl. auf nicht ständigen Vergnügungsplätzen, insbesondere bei Jahrmärkten, Messen und Volksfesten,
- b) Tanzveranstaltungen ohne lebende Musik,
- c) Varieté- und Stripteasevorführungen,
- d) das Aufstellen oder den Betrieb von Wettterminals und Glücksspielgeräten (§ 1 Abs. 2 und 3 Wettterminal- und Glücksspielgeräteabgabegesetz)

§ 2

Höhe der Steuer

- (1) Die Vergnügungssteuer beträgt 10 % des Eintrittsgeldes der steuerpflichtigen Veranstaltung.
- (2) Für das Aufstellen oder den Betrieb eines Wettterminals beträgt die Vergnügungssteuer für jedes einzelne Wettterminal 700,00 Euro für jeden angefangenen Kalendermonat, in dem das Wettterminal betrieben oder aufgestellt wird. Für das Aufstellen oder den Betrieb eines Glücksspielgerätes beträgt die Vergnügungssteuer für jedes einzelne Glücksspielgerät 1.000,00 Euro für jeden angefangenen Kalendermonat, in dem das Glücksspielgerät betrieben oder aufgestellt wird.

§ 3

Wirksamkeit

- (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2021 in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Vergnügungssteuerverordnung der Stadt Dornbirn vom 20. Dezember 1994 und die Verordnung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer auf Wettterminals vom 24. Februar 2011 außer Kraft.

(einstimmig)

9 Friedhofsgebühren - Anpassung

Aufgrund des § 17 Abs. 3 Z. 4 Finanzausgleichsgesetz 2017, BGBl. I Nr. 116/2016 i.d.g.F., und der §§ 42 - 51 Bestattungsgesetz, LGBl. Nr. 58/1969 i.d.g.F., sowie der Friedhofsordnung der Stadt Dornbirn vom 27. Oktober 1992 i.d.g.F. wird nachstehende

Verordnung über die Höhe der Friedhofsgebühren erlassen:

§ 1

Die Friedhofsgebühren werden gemäß § 19 der Friedhofsordnung der Stadt Dornbirn vom 27. Oktober 1992 i.d.g.F. mit Wirkung vom 1. Jänner 2021 wie folgt neu festgesetzt:

1. Grabstättengebühren:

Die Grabstättengebühren betragen für die Dauer eines Benutzungsrechtes (derzeit beim Reihengrab 14 Jahre und beim Familiengrab 25 Jahre) beim

Reihengrab pro Grabstelle (3 m ²)	€ 285,00	(€ 275,00 = + 3,6 %)
Reihengrab im Urnenfeld (2,25 m ²)	€ 245,00	(€ 237,00 = + 3,4 %)
Urnengemeinschaftsgrab	€ 432,00	(€ 425,00 = + 1,6 %)
Familiengrab im Feld		
a) doppeltief		
mit 2 Grabstellen (5,2 m ²)	€ 1.018,00	(€ 1.003,00 = + 1,5 %)
mit 4 Grabstellen (6 m ²)	€ 1.804,00	(€ 1.777,00 = + 1,5 %)
b) einfachtief		
mit 3 Grabstellen (9 m ²)	€ 1.594,00	(€ 1.570,00 = + 1,5 %)
Familiengrab entlang der Thujenhecke		
a) einfachtief		
mit 3 Grabstellen (9 m ²)	€ 2.170,00	(€ 2.138,00 = + 1,5 %)
b) doppeltief		
mit 4 Grabstellen (6 m ²)	€ 2.528,00	(€ 2.490,00 = + 1,5 %)
Familiengrab entlang der Mauer		
mit 3 Grabstellen (9 m ²)	€ 2.805,00	(€ 2.763,00 = + 1,5 %)
Arkadengrab		
mit 3 Grabstellen (9 m ²)	€ 3.880,00	(€ 3.822,00 = + 1,5 %)
Urnenfamiliengrab für 3 Urnen		
Nischen – unterste Lage	€ 765,00	(€ 765,00 = + 0,0 %)
Nischen – obere Lage	€ 944,00	(€ 930,00 = + 1,5 %)
Erdgräber	€ 855,00	(€ 842,00 = + 1,5 %)

pro Grabstelle im Ebnit	€ 619,00	(€ 610,00 = + 1,5 %)
pro Kreuz	€ 146,00	(€ 144,00 = + 1,4 %)

2. Verlängerungsgebühren

Für die Verlängerung eines Benützungsrechtes sind Gebühren in der Höhe der Grabstättengebühren entsprechend der Dauer der Verlängerung zu entrichten (z.B. 15 Jahre = 60 %).

3. Bestattungsgebühren (Montag – Freitag)

Die Bestattungsgebühren betragen für jede Grabstelle

einfachtief	€ 427,00	(€ 420,00 = + 1,7 %)
doppeltief	€ 596,00	(€ 587,00 = + 1,5 %)

Die Bestattungsgebühren für Urnen-Erdbestattungen betragen € 82,00 (€ 80,00 = + 2,5 %)

4. Bestattungsgebühren (am Samstag)

Die Bestattungsgebühren betragen für jede Grabstelle

einfachtief	€ 510,00
doppeltief	€ 705,00

Die Bestattungsgebühren für Urnen-Erdbestattungen betragen € 105,00

5. Aufbahrungsgebühr:

Diese wird nach Kalendertagen berechnet.

Für den 1-ten Tag der Benützung

der Aufbahrungshalle	€ 77,70	(€ 76,50 = + 1,6 %)
des Kühlraumes	€ 77,70	(€ 76,50 = + 1,6 %)
Für den 2-ten und weitere Tage	€ 0,00	

Für Kinder bis zu 14 Jahren werden 50 % der obigen Sätze berechnet.

Für Bestattungen in den Bergfriedhöfen wird stets der Tarif „doppeltief“ verrechnet.

Die Gebühr für Exhumierungen entspricht pro Graböffnung der Bestattungsgebühr für „einfachtief“ bzw. für „doppeltief“.

§ 2

Die Verordnung über die Höhe der Friedhofsgebühren vom 12. Dezember 2019 tritt mit 31. Dezember 2020 außer Kraft.

Die Friedhofsgebühren unterliegen nicht der Umsatzsteuerpflicht.

(einstimmig)

10 Erhöhung des Baudarlebens für die Stadtbibliothek - Bedienung durch die Dornbirner Sparkasse

Die VORSITZENDE erläutert die wichtigsten Eckpunkte.

StV. Elisabeth FEUERSTEIN merkt an, dass am 28. Februar 2019 der Kostenrahmen erhöht worden sei. Sie fragt nach, wie hoch die Architektenkosten gestiegen seien. Es stelle sich die Frage, was man machen könne, um die Architektenkosten bei Bauwerken besser in den Griff zu bekommen.

Die VORSITZENDE merkt an, dass die Information zu den Kosten nachgereicht werde.

Beschluss

Das Darlehen der Dornbirner Sparkasse Bank AG (AT64 2060 2000 0004 0667) zur Finanzierung der Stadtbibliothek wird um € 0,4 Mio. auf insgesamt € 5,7 Mio. aufgestockt. Die Darlehenserrhöhung ist im Rahmen des Nachtragsvoranschlages 2020 gedeckt.

(einstimmig)

11 Beschäftigungsrahmenplan 2021

Die VORSITZENDE erläutert die wichtigsten Eckpunkte.

StV. Günter SCRINZI merkt an, dass die Aufstockung in den Gesundheitsbetrieben notwendig sei; die Aufstockung in der Verwaltung sehe seine Fraktion sehr kritisch.

Die VORSITZENDE führt aus, dass die Stadt gerade in der Hoheitsverwaltung im Vergleich zu anderen Städten dieser Größenordnung extrem schmal aufgestellt sei.

Beschluss

Für das Jahr 2021 wird der Beschäftigungsrahmenplan gemäß nachfolgender tabellarischer Darstellung wie folgt beschlossen:

Beschäftigungsrahmenplan 2021

Beschäftigungsobergrenze gesamt	1.509,55	
Verwaltung samt Betriebe	Bedienstete	Dienstposten
Funktionen der Gehaltsklasse 1 bis 6	233	157,98
Funktionen der Gehaltsklasse 7 bis 14	543	414,14
Funktionen der Gehaltsklasse 15 bis 18	23	19,50

Funktionen der Gehaltsklasse 19	1	1,00
Funktionen der Gehaltsklasse 20	0	0,00
Funktionen der Gehaltsklasse 21	0	0,00
Funktionen der Gehaltsklasse 22	5	5,00
Funktionen der Gehaltsklasse 23	1	1,00
Gesamt	806	598,63

Gesundheitseinrichtungen (KH, PH, GuKPS Unterland)

Funktionen der Gehaltsklasse 1 bis 6	257	162,39
Funktionen der Gehaltsklasse 7 bis 14	808	590,80
Funktionen der Gehaltsklasse 15 bis 18	87	72,74
Funktionen der Gehaltsklasse 19	13	9,33
Funktionen der Gehaltsklasse 20	22	15,55
Funktionen der Gehaltsklasse 21	3	2,00
Funktionen der Gehaltsklasse 22	30	24,83
Funktionen der Gehaltsklasse 23	18	15,70
Funktionen der Gehaltsklasse 24	9	8,60
Funktionen der Gehaltsklasse 25	1	1,00
Funktionen der Gehaltsklasse 26	0	0,00
Funktionen der Gehaltsklasse 27	1	1,00
Funktionen der Gehaltsklasse 28	7	7,00
Gesamt	1.256	910,93

Zahlenmäßiges Verhältnis von Frauen und Männern

Verwaltung und Gesundheitseinrichtungen gesamt 2.062

	Frauen		Männer		Gesamt	
Beamte	0	0,00	30	100,00	30	1,45
Angestellte	1.377	74,39	474	25,61	1.851	89,77
Angestellte i.h.V.	121	67,22	59	32,78	180	8,73
Sondervertrag		0,00	1	100,00	1	0,05
Summe	1.498	72,65	564	27,35	2.062	100,00

Verwaltung samt Betriebe 806

	Frauen		Männer		Gesamt	
Beamte	0	0,00	30	100,00	30	3,72
Angestellte	476	67,71	227	32,29	703	87,22
Angestellte i.h.V.	25	34,72	47	65,28	72	8,93
Sondervertrag	0	0,00	1	100,00	1	0,12
Summe	501	62,16	305	37,84	806	100,00

Gesundheitseinrichtungen 1.256

	Frauen		Männer		Gesamt	
Beamte	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Angestellte	901	78,48	247	21,52	1.148	91,40
Angestellte i.h.V.	96	88,89	12	11,11	108	8,60
Sondervertrag	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Summe	997	79,38	259	20,62	1.256	100,00

(einstimmig)

12 Mehrwert von (Schul-) Gebäuden für die Stadt Dornbirn mit dem "Holz von Hier" Umweltzeichen

Dieser TO-Punkt wurde über Antrag der NEOS Dornbirn – Schreiben vom 4. November 2020 – gemäß § 41 Abs. 2 GG in die Tagesordnung dieser Stadtvertretungssitzung aufgenommen.

StV. Elisabeth FEUERSTEIN führt aus, dass sie das Thema „Bauen mit heimischem Holz“ bereits in verschiedenen Ausschüssen beworben habe. Nach Empfinden der NEOS hätten Politiker die Aufgabe, das große Ganze zu sehen; den städtischen Forstbetrieb, die Dornbirner Handwerkerbetriebe und den Wald. Mit dem Umweltzeichen „Holz von Hier“ liege ein Instrument vor, mit dem die Klimabilanz des eingesetzten Holzes nachweisbar werde. Sie habe auch die beiden hauptbetroffenen Abteilungen Hochbau und Tiefbau kontaktiert. Beim Hochbau sei ein möglicher Einsatz von Holz z. B. beim Neubau der Ausweichschule offensichtlich. Es sei überraschend, wie viel Holz auch im Tiefbau verwendet werden könne. Es sei wichtig, dass diejenige Abteilung, die schlussendlich das Bauobjekt zu betreuen habe, auch entscheiden kann, ob der Einsatz von Holz zielführend ist.

StV. Elisabeth FEUERSTEIN stellt folgenden **Antrag**:

1. Die zuständige Abteilung hat für den Grundsatzbeschluss von sämtlichen größeren Projekten zu prüfen, ob eine Verwendung von Holz möglich und sinnvoll ist. Dabei ist u.a. auf Wirtschaftlichkeit, Lebenszykluskosten, Wertbeständigkeit und Zweckmäßigkeit zu achten. Bei ungefähr gleichwertiger Einschätzung ist dem Baustoff Holz bei allen Anwendungsbereichen der Vorzug zu geben. Dem zuständigen Ausschuss wird berichtet.
2. Das Umweltzeichen Holz von Hier oder gleichwertiges, ist als Zuschlagskriterium bei Vergaben der Stadt Dornbirn bei Objekten des Hoch- und Tiefbaus in die Ausschreibung aufzunehmen, sobald der Einsatz von Massiv- und Vollholz bei einzelnen Positionen vorgesehen ist.

StR. Christoph WAIBEL merkt an, dass die Aussage, die Ausweichschule werde mit heimischem Holz gebaut, so nicht gefallen sei. Die Ausweichschule habe ein Kostenproblem. Es würden alle Möglichkeiten geprüft, um die Ausweichschule kostengünstiger zu bauen. Definitiv nicht dabei sei eine Bauweise aus heimischem Holz. Die Grundintention des Antrags sei richtig. Er sehe aber große Probleme bei der praktischen Umsetzung in der Abteilung Hochbau.

In der Diskussion sprechen sich alle Fraktionen einhellig für den verstärkten Einsatz von Holz aus. Die Verwendung von Holz könne helfen, die Klimaziele zu erreichen. Holz von hier sei auch in der Wohnbauförderung und im Kommunalen Gebäudeausweis verankert. Die Intention sei richtig; man brauche mehr Holzbauten.

Beschluss

1. Die zuständige Abteilung hat für den Grundsatzbeschluss von sämtlichen größeren Projekten zu prüfen, ob eine Verwendung von Holz möglich und sinnvoll ist. Dabei ist u.a. auf Wirtschaftlichkeit, Lebenszykluskosten, Wertbeständigkeit und Zweckmäßigkeit zu achten. Bei ungefähr gleichwertiger Einschätzung ist dem Baustoff Holz bei allen Anwendungsbereichen der Vorzug zu geben. Dem zuständigen Ausschuss wird berichtet.
2. Das Umweltzeichen Holz von Hier oder Gleichwertiges, ist als Zuschlagskriterium bei Vergaben der Stadt Dornbirn bei Objekten des Hoch- und Tiefbaus in die Ausschreibung aufzunehmen, sobald der Einsatz von Massiv- und Vollholz bei einzelnen Positionen vorgesehen ist.

(gegen 4 Stimmen der FPÖ)

13 Dornbirn beteiligt sich aus humanitären Gründen an gerechter und geordneter Verteilung von Geflüchteten

Dieser TO-Punkt wurde über Antrag der Dornbirner GRÜNEN gemäß § 41 Abs. 2 GG in die Tagesordnung dieser Stadtvertretungssitzung aufgenommen.

Im gegenständlichen Schreiben vom 10. November 2020 wurde nachstehender Antrag an die Stadtvertretung formuliert:

1. Die Stadt Dornbirn bekennt sich dazu, Schutzsuchende in besonders schlechten Lebenssituationen, insbesondere aus Flüchtlingslagern in Griechenland auf Basis von Art 15a B-VG aufzunehmen.
2. Die Stadt Dornbirn richtet folgende Resolution an die österreichische Bundesregierung: Die österreichische Bundesregierung soll sich für einen funktionierenden EU-Verteilungsschlüssel für Schutzsuchende, für eine gesamteuropäische Asylstrategie, die eine faire Verteilung von Geflüchteten ermöglicht, sowie für die genaue Einhaltung aller völkerrechtlichen Bestimmungen in Bezug auf Asyl und Menschenrechte einsetzen.

StR. Dr. Juliane ALTON führt aus, dass es ihrer Fraktion wichtig sei, dass die Stadt Dornbirn, wie viele andere Städte in Österreich und in anderen europäischen Ländern, ein Zeichen setze. Die Situation in den Lagern sei sehr schlimm.

In der anschließenden Diskussion werden die Inhalte des Antrags ausführlich diskutiert. Die große Herausforderung sei, die Flüchtlinge nicht nur aufzunehmen, sondern sie dann auch zu begleiten.

Vizebgm. Markus FÄSSLER und StR. Christoph WAIBEL erläutern, dass sie dem Antrag aufgrund der parteipolitischen Hintergründe nicht zustimmen werden.

StR. Julian FÄSSLER bringt nachstehenden **Abänderungsantrag** zu Punkt 1 ein:

1. Die Stadt Dornbirn bekennt sich dazu, sich auch in Zukunft entsprechend der Vereinbarung zur Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde gemeinsam mit dem Land Vorarlberg an einer österreichweiten Verteilung von Flüchtlingen zu beteiligen und für deren bestmögliche Betreuung und Integration Sorge zu tragen.

Auf **Antrag** von StR. Dr. Juliane ALTON bringt die VORSITZENDE die Punkte einzeln zur Abstimmung.

Beschluss

1. Die Stadt Dornbirn bekennt sich dazu, sich auch in Zukunft entsprechend der Vereinbarung zur Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde gemeinsam mit dem Land Vorarlberg an einer österreichweiten Verteilung von Flüchtlingen zu beteiligen und für deren bestmögliche Betreuung und Integration Sorge zu tragen.

(gegen 4 Stimmen der FPÖ)

2. Die Stadt Dornbirn richtet folgende Resolution an die österreichische Bundesregierung: Die österreichische Bundesregierung soll sich für einen funktionierenden EU-Verteilungsschlüssel für Schutzsuchende, für eine gesamteuropäische Asylstrategie, die eine faire Verteilung von Geflüchteten ermöglicht, sowie für die genaue Einhaltung aller völkerrechtlichen Bestimmungen in Bezug auf Asyl und Menschenrechte einsetzen.

Der Antrag erhält mit 7 Stimmen der GRÜNEN sowie 1 Stimme der NEOS **nicht** die erforderliche Mehrheit.

14 Voranschlag 2021 der Stadt Dornbirn

Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea KAUFMANN eröffnet als Finanzreferentin und gleichzeitig als Sprecherin der Fraktion „Bürgermeisterin Andrea Kaufmann – Dornbirner Volkspartei“ die

GENERALDEBATTE

und führt Folgendes aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren der Stadtvertretung, liebe Gäste,

das bald zu Ende gehende Jahr 2020 war eine ganz **besondere Herausforderung** und wird auch Auswirkungen für die kommende Zeit haben, sowohl für die Stadt Dornbirn als auch für jede und jeden Einzelnen von uns. Die Pläne, die zu Beginn des Jahres noch geschmiedet wurden, waren spätestens Mitte März obsolet. Die „neue Normalität“ im Umgang mit dem unberechenbaren

Corona Virus hat uns immer noch im Griff und wir alle hoffen, dass diese weltweite Pandemie zumindest bis zum Sommer 2021 endlich überwunden werden kann.

Es ist mir ein persönliches Anliegen, mich bei allen **Dornbirnerinnen und Dornbirnern für ihr Engagement und ihre Solidarität in den vergangenen Monaten zu bedanken**. Wir haben gesehen, dass die Menschen in unserer Stadt besonders in schweren Zeiten zusammenstehen, dort zupacken wo es notwendig ist und die Augen offenhalten, um zu erkennen, wo Hilfe und Unterstützung notwendig sind. Dieses Engagement ist auch heute noch, trotz der langen Zeit, in der uns diese Krankheit schon belastet, spürbar. Wir haben das gerade wieder am vergangenen Wochenende bei der Durchführung der Flächentests gesehen: Was hier innerhalb kürzester Zeit auf die Beine gestellt wurde, ist beispiellos und wir können nur stolz auf unser Dornbirn und seine Bevölkerung sein. Vielen Dank.

Die Auswirkungen der Pandemie haben den Budgetvollzug der Stadt für das laufende Jahr stark beeinflusst. So mussten wir erhebliche Rückgänge bei den Einnahmen verkraften: Alleine aus den Ertragsanteilen des Bundes in diesem Jahr rund 7,5 Millionen Euro. Für jene Arbeitsplätze, die in den vergangenen Monaten in Kurzarbeit waren, musste keine Kommunalsteuer abgeführt werden; die Einnahmenverluste betragen hier rund 1,5 Millionen Euro. Die Stadt hat auf diese Entwicklung rasch reagiert. Wir haben kurzfristig teilweise die Tilgung unserer Darlehen zurückgestellt und im November einen Nachtragsvoranschlag beschlossen. Dort wo es möglich war, haben wir bei den laufenden Ausgaben gespart. Wichtig war es uns, jene Investitionen weiterzuführen, die direkten Einfluss auf die regionale Wirtschaft, also unserer Unternehmen, haben.

Dieses Ziel prägt auch den Voranschlag für das kommende Jahr, den wir in den vergangenen Monaten gemeinsam intensiv diskutiert und vorbereitet haben; an dieser Stelle möchte ich mich bei allen Stadtratskolleginnen und -kollegen sowie den politischen Fraktionen für die **wertschätzende Zusammenarbeit** bedanken. Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig, zusammenzustehen und das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen. Die Budgetverhandlungen haben einmal mehr gezeigt, dass unser Weg der offenen Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg der richtige ist, weil so letztlich auch der größte Nutzen für unsere Bevölkerung erreicht werden kann.

Neben der Corona Pandemie hatte Dornbirn in diesem Jahr zwei weitere große Schadensereignisse zu verkraften: den **Felssturz im Rappenloch** und die **Gasexplosion in der Ausweichschule Fischbach**. Glücklicherweise kamen dabei keine Menschen zu Schaden. Beide Ereignisse haben zur Folge, dass wir möglichst rasch unvorhersehbare zusätzliche Investitionen durchführen müssen: Nach dem Felssturz musste die Behelfsbrücke abgetragen werden. Als Notlösung wurde eine Umfahrung rund um den Staufensee errichtet. Dieses Provisorium soll möglichst schnell durch eine neue Brücke über die Rappenlochschlucht ersetzt werden. Die Ausweichschule ist für die Umsetzung des Schulraumkonzepts unersetzbar; ein schneller Wiederaufbau deshalb wichtig. Auch wenn wir dafür Einnahmen aus der Versicherung erwarten können, werden diese die Kosten für den Neubau nicht gänzlich decken können. Einige Projekte im Schulbereich werden sich alleine dadurch verzögern, weil die Ausweichschule für mindestens ein Jahr fehlen wird. Die Planung für eine neue Volksschule im Forach sowie die geplanten Projekte in Haselstauden werden dennoch weitergeführt.

Wie sich die wirtschaftliche Situation im kommenden Jahr entwickeln wird, ist unklar. Wir müssen jedoch davon ausgehen, dass die Nachwirkungen trotz großer Unterstützung unserer

Unternehmen durch den Bund und das Land, erheblich sein werden und die Konjunktur einige Zeit benötigen wird, um sich wieder zu erholen. Auch die Stadt wird ihren Beitrag dazu leisten; wir haben uns gemeinsam dazu bekannt, in den kommenden Jahren weiterhin aktiv in die Entwicklung der Stadt zu investieren. Wir wollen damit Arbeitsplätze absichern helfen. Unterstützung werden wir dabei sowohl vom Bund durch die erste Investitionsmilliarde – Dornbirn kann daraus rund 5,6 Millionen Euro für 2021 lukrieren – als auch durch das Land erhalten. Hier konnte ich in meiner Gemeindeverbands-Funktion Zuschüsse in der Höhe von 10 Millionen Euro für alle Gemeinden ausverhandeln - 1,4 Millionen alleine für Dornbirn. Trotzdem fehlen uns für 2021 rund 8,9 Mio. Euro an Ertragsanteilen und rund eine Mio. Euro Kommunalsteuer.

Insgesamt wird die Stadt Dornbirn im kommenden Jahr rund **42,1 Millionen Euro investieren**, Geld, das direkt als Aufträge in die regionale Wirtschaft fließen wird. Das ist ein äußerst starkes Signal an die heimischen Unternehmen. Im Gegenzug wird zwangsläufig, nach mehreren Jahren des Schuldenabbaus, der Darlehensstand der Stadt wieder steigen. Angesichts der hohen Vermögenswerte der Stadt ist dies – zumindest vorübergehend – nicht besorgniserregend, auch wenn wir gerne eine andere Entwicklung gesehen hätten. Die wirtschaftliche und finanzielle Stärke Dornbirns wird uns helfen, diese schwierige Zeit durchzustehen, um in den Jahren der Erholung durchzustarten. Der Schuldenstand wird im kommenden Jahr rund 197,4 Millionen betragen. Das ist eine Erhöhung um rund 6 Millionen (+3,1%). Das Reinvermögen der Stadt beläuft sich auf rund 300 Millionen Euro.

Daten zum Budget 2021

Finanzierungshaushalt

Mittelaufbringung (Einnahmen)	€	308.872.100,00
Mittelverwendung (Ausgaben)	€	310.749.800,00
Differenz (wird mit Projekten zugeordneten und angesparten Zahlungsmitteln finanziert)	€	- 1.877.700,00
Eigene Steuern	€	30.918.700,00
Ertragsanteile	€	68.240.200,00
Schuldenstand	€	197.391.700,00
Personalaufwand	€	116.092.400,00
Rücklagenstand (Zahlungsmittel) rund	€	30.000.000,00
Investitionen inklusive Instandhaltungen	€	42.011.700,00

Ergebnishaushalt

Mittelaufbringung (Einnahmen)	€	283.488.400,00
Mittelverwendung (Ausgaben)	€	277.259.900,00
Ergebnis	€	+ 6.228.500,00

Der Voranschlag entspricht der **Jahresplanung** einer Stadt, hinter den Zahlen befinden sich die zahlreichen Dienstleistungen und Projekte, die im kommenden Jahr umgesetzt werden sollen.

2.062 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagieren sich täglich für die Dornbirnerinnen und Dornbirner. Mehr als die Hälfte, 1.256 Menschen sind in den Gesundheitseinrichtungen (Krankenhaus, Pflege, Betreuung) beschäftigt. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern sich

in den Kindergärten und der Schülerbetreuung um unseren Nachwuchs, 120 sind in den Kulturbetrieben beschäftigt und 208 Bedienstete kümmern sich im Werkhof, Wasserwerk und bei der Straßenmeisterei um die Infrastruktur oder die städtischen Gebäude. In der Hoheitsverwaltung sind 228 Personen beschäftigt.

Die Stadt ist sowohl **Behörde** viel mehr aber auch ein **Dienstleistungsbetrieb**. Das ist der Hauptgrund dafür, dass der Anteil der Personalkosten im Vergleich mit anderen Ausgaben relativ hoch ist. Rund 116,1 Millionen Euro werden es im kommenden Jahr sein. Wie wichtig eine funktionierende und motivierte Verwaltung für unsere Gesellschaft sein kann, hat sich gerade vor dem Hintergrund der Corona Pandemie gezeigt.

Die laufende Information und aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger geschieht auf mehreren Ebenen, sowohl analog wie beispielsweise mit dem Gemeindeblatt und zahlreichen anderen Druckwerken, als auch digital mit Beteiligungsplattformen, sozialen Medien und der Homepage. Die erfolgreichen **Projektwerkstätten** werden, sobald es die aktuelle Lage wieder zulässt, fortgesetzt. Ideen und Projekte können von der Bevölkerung hier eingebracht und weiterentwickelt werden. Auch die Veranstaltungsreihe „**Fritag am füfe**“ wird fortgesetzt, dabei gibt es die Möglichkeit, städtische Bauvorhaben, Projekte, Einrichtungen oder stadtnahe Institutionen kennenzulernen und einen Blick hinter die Kulissen zu werfen.

Die Ereignisse der vergangenen Monate haben Vieles verändert – unter anderem auch die Schnittstellen zwischen Bürgerinnen und Bürgern zur Verwaltung. In vielen Bereichen wurden die **digitalen Möglichkeiten** ausgebaut und erweitert. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen und wir werden in den kommenden Monaten und Jahren noch zusätzliche Angebote schaffen.

Die **Digitalisierung** ist ein Schlüssel zur Modernisierung unserer Gesellschaft und unserer Stadt. Dornbirn hat diese Entwicklung früh erkannt und ist mittlerweile Vorreiter in diesem Bereich. Mit Initiativen wie dem „Smart-City-Wettbewerb“, den Bildungsoffensiven in den Mittelschulen, dem Projekt „Smart-Care“, in dem grenzüberschreitend ein Technologie- und Wissensaustausch zur Verbesserung im Pflege- und Sozialbereich erfolgt, dem „City Monitor“ zur Visualisierung und damit besseren Anwendung von Informationen der Stadt und damit verbunden der Verfügbarkeit von „Open data“ bis hin zur bequemen Buchung und Abrechnung beim Parken, ist die Stadt selbst aktiv.

Für den **Standort Dornbirn** sind vor allem aber auch neue Initiativen und Start-up Unternehmen im Bereich Digitalisierung wichtig. Sie machen die Dornbirner Wirtschaft zukunftsfähig. Rund um die Fachhochschule hat sich auf dem CAMPUS V eine rege und engagierte Szene entwickelt. Hier werden jene Produkte und Dienstleistungen entwickelt, die uns in Zukunft und teilweise auch jetzt schon den Alltag erleichtern werden.

Das **aktive Flächenmanagement** wird auch in nächstem Jahr konsequent fortgesetzt werden. Das ermöglicht nicht nur Entwicklung von Betriebsgebieten, Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben und damit Schaffen von Arbeitsplätzen, sondern auch das Zur-Verfügung-Stellen von Grundstücken für **leistbaren Wohnraum** – das wird auch in den nächsten Jahren eine der Schlüsselherausforderungen für unsere Stadt bleiben.

Dem **Katastrophenschutz** kommt seit Beginn der Pandemie eine Schlüsselrolle zu. Es zeigt sich, dass die aktive Bearbeitung des Themas Krisenvorsorge – Krisenbewältigung in den vergangenen

Jahren wichtig war. Aufgrund der Vorarbeiten – Einrichtung und Schulung einer Stabesatzleitung – konnten wir von Anfang an professionelle Strukturen schaffen. Gleich zu Beginn der Pandemie wurde ein **Krisenstab** eingerichtet. Mittlerweile sind zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den verschiedensten Abteilungen der Stadt involviert und mit großem Engagement dabei. Die Abteilung Feuerwehr und Katastrophenschutz war auch federführend für die Organisation der in den letzten Tagen in Dornbirn an 10 Stationen durchgeführten **Corona Flächentests** zuständig. Dank der großen Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, aber auch von Vertretern der politischen Fraktionen sowie den Sicherheitseinrichtungen wie der Feuerwehr, des Roten Kreuz und des Bundesheers konnte diese logistisch schwierige Aufgabe sehr gut bewältigt werden.

Bei der **Feuerwehr** läuft derzeit ein bereits im vergangenen Jahr vorgestellter **Organisationsprozess**. Das Ziel ist die weitere Entwicklung der Feuerwehr Dornbirn als leistungsstarke Stadt- und Stützpunktfeuerwehr sowie die Sicherstellung der **Erhaltung der Ehrenamtlichkeit** der Einsatzkräfte. Für den dringend notwendigen Neubau eines Gerätehauses im Hatlerdorf werden im kommenden Jahr die ersten Planungsschritte gesetzt. Wie wichtig es ist, in eine gute Sicherheitsinfrastruktur zu investieren, hat uns zuletzt die **Explosion mit Großbrand der Ausweichschule Fischbach** gezeigt – ein Ereignis, das wir uns nicht vorstellen konnten und das den Einsatz aller verfügbaren Kräfte erfordert hat.

Auch für die **Stadtpolizei** war das Jahr 2020 anders als sonst. Im Lock down ist zwar die Zahl die Kriminalität insgesamt gesunken und auch Verkehrsdelikte waren weniger. Dafür waren aber die Ausgangssperren und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, wie sie im Frühjahr und auch jetzt wiederum gelten, eine bisher nicht bekannte Herausforderung. Es ist ein großes Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei, dass es den Polizisten vor Ort fast durchwegs gelungen ist, im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern die Einhaltung der Regeln durchzusetzen – nur in wenigen Fällen waren Anzeigen und Strafen notwendig.

Die städtischen Gesundheitseinrichtungen waren und sind während der Corona Pandemie mit den größten Herausforderungen konfrontiert. Gerade die vergangenen Wochen haben gezeigt, wie wichtig eine gute Infrastruktur aber noch viel mehr hochmotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die **städtische Gesundheitsversorgung** sind. Ich möchte mich im Namen aller Dornbirnerinnen und Dornbirner bei ihnen für ihr außergewöhnliches Engagement bedanken. Sie haben enorm viel geleistet und tun es immer noch.

Um unser **Krankenhaus** fit für die Zukunft zu machen, investiert die Stadt seit mehreren Jahren nachhaltig in die Modernisierung des Gebäudes und der Einrichtungen. Eine wichtige Basis dafür bildet der regionale Strukturplan Gesundheit (RSG). Im Rahmen des Prozesses „**Mein Spital 2030**“ werden die Spitalstrukturen im Land Vorarlberg bedarfsgerecht weiterentwickelt und effizienter und besser aufeinander abgestimmt. Patientenorientierung und Qualitätssicherung stehen dabei im Vordergrund.

In allen Vorarlberger Krankenhäusern ist derzeit der Betrieb auf das medizinisch Wesentliche und unbedingt Notwendige reduziert. Nur mit diesen vorübergehenden Einschränkungen in der Versorgung werden Personalressourcen und freie Intensivbetten geschaffen, um die **Gesundheitsversorgung für alle zu gewährleisten**. Dies geschieht gut strukturiert in enger Abstimmung mit dem Land und den Vorarlberger Landeskrankenhäusern.

Im städtischen Krankenhaus wurde im Eingangsbereich eine **Triage** eingeführt. Hier laufen die Planungen, diese im kommenden Jahr gezielt auszuweiten und im Ambulanzbereich eine Steuerung der Patientenströme umzusetzen. Notfallpatienten werden in einer ambulanten Erstversorgungseinheit nach der **Manchester Triage** behandelt. Die Terminambulanzen werden davon räumlich getrennt.

Die ursprünglich 2021 zur Anschaffung geplanten **Beatmungsgeräte** wurden vorgezogen und sind bereits für die Versorgung von Covid-Patientinnen und -Patienten im Einsatz. Auf Grund der hohen Fallzahlen werden auf der Intensivstation ausschließlich Covid Patienten behandelt und die Tageschirurgie wurde zur Nicht-Covid-Intensivstation umgebaut. Die Pandemie stellt die Gesundheitsversorgung vor eine große Herausforderung.

Trotz Pandemie und Einschränkungen werden 2021 die **Zu- und Umbauten des Operationsbereichs** abgeschlossen. Anfang des Jahres geht die neue **Zentralsterilisation** mit erneuertem OP-Instrumentarium in Betrieb. Dies ist ein großer Meilenstein in der Geschichte des städtischen Krankenhauses. Mit rund 1500 Geburten jährlich ist die Geburtshilfe unseres Krankenhauses die größte in Vorarlberg. Dementsprechend wird der **Entbindungsbereich** im kommenden Jahr erweitert. Insgesamt werden im Jahr 2021 mehr als 7 Mio. Euro in Neuerungen und Instandhaltungen in unser städtisches Krankenhaus investiert.

Für die **Krankenpflegeschule Unterland** werden im ehemaligen Pflegeheim Lustenauerstraße Räumlichkeiten für einen dritten Lernort adaptiert. Die besondere Ausstattung dieses **dritten Lernortes** erlaubt eine praxisnahe Ausbildung der Pflegeassistentenberufe. Zudem werden in diesen Räumlichkeiten, in Kooperation mit der FH Vorarlberg ab Herbst 2021, Praxistrainings für FH-Pflegestudierende stattfinden.

Um die kassenärztliche Versorgung für Kinder sicherzustellen, wird in Dornbirn ein **ambulantes pädiatrisches Zentrum** eingerichtet. Damit geht der aks (Arbeitskreis für Sozialmedizin) in Kooperation mit der pädiatrischen Station am Krankenhaus Dornbirn ganz neue Wege. Es entsteht eine Ordination, die von zwei Fachärzten betrieben wird und in der pädiatrische Assistenzärzte des Krankenhauses im Rotationssystem ihre Lehrpraxis absolvieren. Im April 2021 wird der Betrieb aufgenommen und Schritt für Schritt erweitert - ein absolutes Novum in Vorarlberg.

Eine große Herausforderung stellt die Pandemie auch für unsere beiden **Pflegeheime** und drei **Seniorenhäuser** dar. Die Arbeit in Schutzausrüstung, Teamsplitting, die Umsetzung von Besuchsverboten und Besuchseinschränkungen fordern unsere Mitarbeitenden in diesen Einrichtungen enorm. Viele bewegen sich an der Grenze der Belastbarkeit. Andererseits erleben wir gerade auch hier einen großen Zusammenhalt. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit sowohl innerhalb der Einrichtungen als auch mit externen Partnern funktioniert hervorragend. Auch für unsere Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehörige ist die Situation alles andere als einfach.

Vor einigen Wochen haben wir kurzfristig, zur Entlastung der Krankenhäuser in Vorarlberg, im **Pflegeheim Birkenwiese** eine Covid+ Station eingerichtet. Aufgenommen werden dort Covid-Patienten zur Übergangspflege. In Zusammenarbeit mit der Landesregierung, Krankenpflegevereinen und Mobilien Hilfsdiensten wurde in kürzester Zeit ein Personalpool

aufgebaut. Besten Dank bei dieser Gelegenheit an alle Mitarbeitenden und an die Verantwortlichen der Partnerorganisationen für die unkomplizierte Kooperation.

Gemäß Pflegebedarfsprognose des Landes werden in Dornbirn 2025 weitere Pflegeheimplätze und Seniorenwohnungen benötigt. Entsprechende Vorarbeiten dazu wurden bereits eingeleitet und werden im Jahr 2021 hinsichtlich Standort, Betriebsform und inhaltlicher Ausrichtung konkretisiert.

Ein neues Modell ist die **Seniorenwohngruppe für Menschen mit Demenz** im Oberdorf. Sie wurde im vergangenen September eröffnet und geht 2021 in Vollbetrieb. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass diese innovative Wohnform gut funktioniert. Die Bewohnerinnen leben trotz ihrer Demenz einen weitgehend normalen Alltag und fühlen sich sicher. Die intensive Einbeziehung der Angehörigen in die Begleitung der Bewohnerinnen erzeugt eine besondere Qualität.

Von den 2400 Pflegebedürftigen in Dornbirn leben ca. 380 Personen in Pflegeheimen, Seniorenwohngemeinschaften und Seniorenhäusern. Knapp 200 Menschen werden von 24-Stundenpflegerinnen betreut. Die wichtigste Säule in der häuslichen Pflege sind immer noch die Angehörigen. Dieser **Einsatz der Angehörigen ist von unschätzbarem gesellschaftlichem Wert**. Ihnen allen danke ich von Herzen. Als kleiner Ausdruck der Wertschätzung laden wir pflegende Angehörige im Herbst 2021 zu einem Pflegecafe wie auch zur Veranstaltungsreihe „Rund um die Pflege daheim“ ein. Beides konnten wir heuer aufgrund von Corona leider nicht durchführen.

Sehr gefordert in dieser Corona Zeit sind auch unsere Mitarbeitenden in der Pflegeservice-Stelle und im **Case Management**. Als erste Ansprechpartnerinnen für Menschen in Pflege- und Betreuungssituationen haben sie ein offenes Ohr für die Nöte in derartigen Belastungssituationen, informieren, vernetzen und leisten Hilfe in der Organisation von Pflege und Betreuung.

Ca. 1.450 Dornbirnerinnen und Dornbirner im Alter von 80 Jahren und älter leben in Einpersonenhaushalten. Diese Zahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Deshalb ist ein weiterer wichtiger Baustein in der ambulanten Betreuung das **Essen auf Rädern**. Die Anzahl der ausgelieferten Essen hat sich heuer gegenüber dem Vorjahr – auch wegen der coronabedingten Einschränkungen - um knapp 15% erhöht.

Wertvolle Begegnungsmöglichkeiten bieten unsere **Seniorentreffpunkte**. Leider mussten sie in diesem Jahr wie auch die Seniorenbörse aufgrund von Corona ihre Angebote fast völlig einstellen. Vielen Dank an die ehrenamtlichen Seniorentreffpunkt-Leiterinnen, die trotzdem durch verschiedene Aktionen den Kontakt zu den Senioren aufrechterhalten haben.

Ehrenamtliche sind auch bei **Radeln ohne Alter** im Einsatz. Die Anzahl der Ausfahrten steigt stetig, ebenso die Anzahl der Ehrenamtlichen. Im kommenden Jahr kommt ergänzend eine Rollstuhlrickscha zum Einsatz.

Insgesamt leben in Dornbirn mit Stand 1. Dezember 50.272 Menschen aus 119 Nationen. Das 2017 erstellte Leitbild **„Zusammenleben in Dornbirn“** bietet eine Strategie zur Förderung des Zusammenlebens. Die Leitziele sind dabei die Chancengerechtigkeit und den Zusammenhalt zu fördern. Großes Anliegen ist uns dabei eine offene **Willkommenskultur** in Dornbirn zu leben und Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Herkunft und sozialer Schichten zu fördern. Im

nächsten Jahr soll ein Willkommenspaket für Neuzugezogene entwickelt werden. Sobald es Corona wieder zulässt, werden wir zudem verschiedene niederschwellige Begegnungsräume schaffen. Große Verdienste leisten hier wie in vielen anderen Bereichen die **vielen engagierten Ehrenamtlichen** in unserer Stadt.

Aufgrund der Corona Pandemie mussten heuer leider die Veranstaltungen und Angebote, mit denen die ehrenamtlich Tätigen in unserer Stadt gewürdigt werden, abgesagt werden. Der Neujahrsempfang für Vereine muss leider 2021 entfallen. Wir planen den Abend des Ehrenamts und eine Vereinswerkstatt, die heuer leider nicht durchgeführt werden konnten, im Herbst 2021 durchzuführen. Wieder aufnehmen wird die Koordinationsstelle „Hand in Hand mit Flüchtlingen in Dornbirn“ ihre Arbeit, die sowohl als Anlaufstelle für Flüchtlinge als auch für freiwillig Engagierte dient. Ziel ist, die Eingliederung von Menschen mit Fluchthintergrund in unsere Gesellschaft zu fördern. Es wird eine große Aufgabe sein, diese Zielgruppe wieder zu erreichen und die Engagement-Kultur weiter zu unterstützen.

Viele Ehrenamtliche sind auch für unsere Familien im Einsatz. Durch die Neukonzeption des **Treffpunkts an der Ach als Familienzentrum** wurde ein weiterer Meilenstein zur Familienfreundlichkeit in unserer Stadt gesetzt. Vor dem Beginn der Coronapandemie wurden die Angebote, welche von Schwangerschaftsberatung bis zur Seniorenbörse gehen, sukzessive ausgebaut und von der Bevölkerung stark angenommen. Dornbirn wurde heuer erneut als **familieplus-Gemeinde** zertifiziert und erreichte sensationelle 97,6% der möglichen Punkte.

Die Angebote der **Kinderbetreuung** wurden in den vergangenen Jahren konsequent ausgebaut und werden auch aktuell laufend erweitert. Mehrere Spielgruppen werden von der Stadt selbst betrieben, andere von privaten Anbietern. Die Stadt und das Land sind hier nicht nur gute Partner, sie fördern auch einen großen Teil der Angebote. In den Spielgruppen und Kinderbetreuungseinrichtungen werden aktuell 1.017 Kinder betreut.

Die Aufgabe der städtischen **Kindergärten** ist Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Familien der Kinder im Sinne einer Bildungs- und Erziehungspartnerschaft. In den Kindergärten der Stadt werden heuer 1.103 Kinder betreut. Im nächsten Jahr ist die Einführung des neuen Sprachförderkonzepts und die Ausweitung der Sprach-Aktiv-Woche geplant – ein Angebot für Kinder vor dem Eintritt in die Schule. Auch die Verbesserung der digitalen Anbindung und der W-LAN-Ausstattung stehen auf dem Programm.

Wichtige Projekte in den Kindergärten, sind unter anderem das Kooperationsprojekt „**Elementare Musikpädagogik**“ mit der Musikschule in den Kindergärten Kastenlangen und Haselstauden sowie die Fortbildung „**Technik kinderleicht**“ in Kooperation mit der Jungen Industrie und dem Technischem Museum Wien.

Die Aufgabe der **Schülerbetreuung** ist es den Schülerinnen und Schülern im Alter von 6 bis 14 Jahren eine verlässliche und kindgerechte Betreuung außerhalb des Unterrichts sowohl während des Schuljahres als auch in den Ferienzeiten zur Verfügung zu stellen. Für das Jahr 2021 ist die Weiterentwicklung der Schüler- und Ferienbetreuung inklusive einer pädagogischen Konzepterstellung geplant. Grundlage für die Arbeit in der Kinderbetreuung sind die Ziele und

Schwerpunkte von familieplus, Dornbirn lässt kein Kind zurück sowie dem Leitbild Zusammenleben.

16 Dornbirner Pflichtschulen bieten für 1.124 Schülerinnen und Schüler eine Betreuung an. 2.400 Kinder nutzen zudem die Möglichkeit des Mittagessens in der Schule. An vier Schulen werden insgesamt 15 Klassen als Ganztagsklassen in verschränkter Form angeboten.

Die Stadt Dornbirn ist **Schulerhalter** von 14 Volksschulen, 5 Mittelschulen, 1 Fachschule für wirtschaftliche Berufe, 1 Polytechnische Schule, 1 Allgemeine Sonderschule sowie die Ausweischule. Derzeit besuchen 2.164 Kinder eine Volksschule und 1.216 eine Mittelschule. 76 Kinder besuchen das Sonderpädagogische Zentrum. Den Polytechnischen Lehrgang nutzen 235 Jugendliche und die Fachwirtschaftliche Schule 12 Schülerinnen. Im Herbst 2021 wird der erste Jahrgang der fünfjährigen **Höheren Lehranstalt für Sozialmanagement (HLS)** in Haselstauden starten. Nach jahrelangen Bemühungen konnte somit neben der HTL eine weitere höhere berufsbildende Schule mit Maturaabschluss in Dornbirn angesiedelt werden.

Das Jahr 2020 bedeutete für den gesamten Schulbereich eine massive Herausforderung. Ein **großer Dank** gilt allen Lehrkräften, dem Betreuungspersonal, den Schulwarten und Reinigungskräften und auch den Eltern für die Bewältigung dieser ungewöhnlichen Aufgabe.

Trotz der schwierigen Budgetsituation ist 2021 auch baulich einiges im Kindergarten- und Schulbereich geplant. Mit der Fertigstellung der neuen **Volksschule** hat das Ortsteilzentrum **Haselstauden** einen starken positiven Impuls erhalten. Mit dem Pausenhof, der sich zur Haselstauderstraße hin orientiert und auch die Funktion des Dorfplatzes wahrnimmt, wird ein neuer Treffpunkt und Ort der Kommunikation geschaffen. Dies wird noch verstärkt, wenn der **Neubau des Kinderhauses** mit sechs Kindergartengruppen und zwei Kleinkinderguppen sowie des **Turn- und Veranstaltungssaales** samt Tiefgarage umgesetzt wird. Aktuell laufen die Planungen, der Baustart ist für 2023 geplant. Der ursprüngliche Start 2022 kann leider nicht gehalten werden, da die **Ausweischule in der Fischbachgasse** zunächst wieder aufgebaut werden muss, damit der Kindergarten Haselstauden temporär in die Ausweischule übersiedeln kann. Im nächsten Jahr sind dafür 4,5 Mio. Euro vorgesehen.

In den Bezirken Rohrbach und Haselstauden ist eine starke Siedlungstätigkeit zu verzeichnen, die steigende Schülerzahlen mit sich bringt. Mit dem **Bau der Volksschule Forach** in unmittelbarer Nachbarschaft zum bestehenden Kindergarten soll hier umgehend reagiert werden. Der Wettbewerb für einen Neubau konnte bereits vorbereitet werden und wird im Frühjahr des kommenden Jahres gestartet.

Die Schülerinnen und Schüler der VS Forach sind seit der Explosion der Ausweischule Fischbach in der Mittelschule Haselstauden untergebracht und können voraussichtlich Anfang 2022 wieder in die bis dahin neu errichtete Ausweischule zurückkehren.

Für die Begleitung und Unterstützung unserer Kinder und deren Familien wurde im Modellvorhaben „**Dornbirn lässt kein Kind zurück**“ ein Netzwerk entlang der Entwicklungsstufen eines Kindes sowie aus der Sicht des Kindes aufgebaut. In diesem Netzwerk kooperieren alle Systempartner, die in Dornbirn mit Kindern arbeiten, um Kinder in Dornbirn ein bestmögliches Aufwachsen zu ermöglichen. Aktuell wird der **Aufbau der Präventionskette** der Lebensphase der 6 bis 10-Jährigen vorbereitet.

Die Seminarreihe **Gefragt bist du!** richtet sich an alle, die in Dornbirn mit Kindern arbeiten. Sie ist ein stadtinternes Fortbildungsprogramm, welches gezielt die Inhalte von „Dornbirn lässt kein Kind zurück“ an Fachpersonen weitervermittelt. Für das Jahr 2020/21 wurde das Programm speziell auf den Bedarf im Bereich Schülerbetreuung ausgeweitet.

Das **Baby-Start-Paket** wird von ca. 80% der frischgebackenen Eltern im Familienservice abgeholt und wird entsprechend der Rückmeldungen und Erfahrungen im Familienservice laufend optimiert und weiterentwickelt. Derzeit wird zudem die zweite Ausgabe der Serie #Elternwissen aufbereitet. Parallel dazu entsteht ein Pilot #Kinderwissen als Mitmachbuch, das Kinder in ihrem Übergang vom Kindergarten zur Volksschule begleiten soll. Im Rahmen des Projekts „Auf gesunde Nachbarschaft“ wurden das Angebot der ehrenamtlichen **Familienlotsinnen** auf ganz Dornbirn ausgerollt, um Familien bei Bedarf bestmöglich zu informieren, zu unterstützen und zu begleiten.

Auch attraktive Kultur-, Sport- und Freizeitangebote sind Teil der Familienfreundlichkeit einer Stadt.

Die Aufgabe in der **Kultur und Weiterbildung** ist es, in Dornbirn in den unterschiedlichsten Sparten ein möglichst breit gefächertes, generationenübergreifendes Kulturangebot zu fördern, zu gewährleisten und zu veranstalten. Dies geschieht einerseits durch die städtischen Kulturbetriebe, aber auch durch viele Einrichtungen wie Blasmusiken und Chöre, freie Gruppen und Vereine, wobei der Spielboden, der Kunstraum oder das Montagsforum zu den größeren Anbietern zählen. Gerade im Kulturbereich hatte die Corona Pandemie große Auswirkungen mit Absagen oder Verschiebungen zahlreicher Ausstellungen und Veranstaltungen – für 2021 ist mit großer Zuversicht wieder einiges an Kulturleben geplant.

Der **Kunstraum** plant für 2021 drei Ausstellungen international renommierter Kunstschaffender sowie eine Kooperationsausstellung mit der Kunsthalle und dem Kunstmuseum St. Gallen, dem Museum Appenzell und dem Land Vorarlberg.

In der von der Stadt und vom Land getragenen **inatura** wird die Sonderausstellung „Klimawissen frisch serviert“ sowie der Schwerpunkt „Citizen Science“ vorbereitet. Die „Science Zones“ sollen im kommenden Jahr überarbeitet werden. Die Neugestaltung des Lebensraumes „Wald“ ist für 2022 vorgesehen.

In der neuen **Stadtbibliothek** hat sich das Konzept als analoger und digitaler Bildungsort bewährt. Mit einem Medien-Liefer- und Abholservice wurde hier auf die Krise reagiert. Im kommenden Jahr sind bei den Schwerpunkten „Literatur und Lesen“, „Information und Recherche“ sowie „Digitales Lernen“ Veranstaltungen, Workshops, Schulungen und Leserunden für Kinder, Jugendliche und Erwachsene geplant.

Die im Februar 2020 eröffnete und äußerst erfolgreich angelaufene Ausstellung „Wem gehört das Bödele“ im **Stadtmuseum** konnte nur phasenweise besucht werden und wird deshalb bis Mitte 2021 verlängert. Wie groß das Interesse an der Bödele-Ausstellung nach wie vor ist, zeigen die aktuellen Bestellzahlen für Museumsshop-Produkte, die per Lieferservice zugestellt werden. Bereits in Vorbereitung ist die für die zweite Jahreshälfte 2021 geplante Ausstellung „Ware Dirndl. Austrian Look von Franz. M. Rhomberg“, die in Kooperation mit dem Wirtschaftsarchiv Vorarlberg erarbeitet wird. Parallel dazu wird ein interdisziplinäres Konzept zur Neupositionierung des

Museums und der Ausrichtung der Dauerausstellung unter der umfassenden thematischen Klammer „Erben“ vorbereitet.

Das im selben Gebäude untergebrachte **Stadtarchiv** hat als Schwerpunkt 2020 das Projekt „Stadtspuren. Industrie und Wandel“ zur Sichtbarmachung der Industriekultur im Stadtraum in Kooperation mit der Stadtplanung und der Kulturabteilung sowie externen Experten ausgearbeitet. Insgesamt sollen 15 spannende Stationen vom Gütle bis zum Kraftwerk Forach entlang des Müllerbachs vorbereitet und ab 2022 realisiert werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt 2021 bei der Digitalisierung: die Vorarbeiten zum Digitalen Archiv Dornbirn werden ebenso abgeschlossen wie zwei EU-Projekte zur virtuellen Geschichtsvermittlung. Gewohnt analog sind zwei Dornbirner Schriften geplant.

Die städtische **Musikschule** mit annähernd 2.200 Schülerinnen und Schülern konnte im Frühjahrs-Lock-down durch den außerordentlichen Einsatz aller Lehrpersonen 83% aller Stunden auf digitalem Weg abhalten. Sommerkonzerte, Schlusskonzerte, das Tanzportal, der „Ganz kleine Zirkus“, das Sponsorenkonzert des Jugendsinfonieorchesters Dornbirn für die Dornbirner Sparkasse und das von der Kulturabteilung veranstaltete Silvester- und Neujahrskonzert sind für das kommende Jahr geplant – heuer musste coronabedingt leider vieles ausfallen.

Die Organisation von drei **Abo-Konzerten** im Herbst – eines davon ein aus dem Frühjahr verschobenes – stellte die Kulturabteilung vor große organisatorische und logistische Herausforderungen. Dank der Flexibilität der Abo-Kunden und engagierten Orchester, die sich bereit erklärten, an einem Abend zweimal aufzutreten, grenzte es an ein Wunder, dass in der Abo-Reihe im Herbst kein einziges Konzert abgesagt werden musste.

Die Ausstellungen im **FLATZ Museum** konnten mit terminlichen Verschiebungen alle, wenn auch phasenweise eingeschränkt, durchgeführt werden, zwei sind für 2021 geplant. Der Tag der **offenen Ateliers** wird auf 2022 verschoben. Wir hoffen, dass der **Kulturbetrieb** im kommenden Jahr wieder normal laufen kann: sechs Abo-Konzerte, Organo-Festival, Schultheatertage und Vieles mehr.

Und was die mittel- und langfristigen Ziele anbelangt, orientiert sich die Abteilung Kultur und Weiterbildung an den im Stadtrat beschlossenen und auf 2030 erweiterten **Kulturleitbildern**. Ebenso soll ein Teil der im Bewerbungsbuch für die europäische Kulturhauptstadt entwickelten Ideen und Projekte umgesetzt werden. Denn Kultur und Bildung sind zwar keine Lebensmittel, aber Überlebensmittel - in geistiger und in sinnstiftender Hinsicht.

Im Kulturleitbild „Perspektiven 2030“ und im Rahmen der Bewerbung von Dornbirn als Kulturhauptstadt Europas 2024 wurde das **Campus V-Areal** als Beispiel für Stadtteilentwicklung, Ansiedelung von Kreativwirtschaft und inhaltlich kuratierte und aufeinander abgestimmte Bespielung angeführt. Leistbare Atelierräume und Freiräume für Kunst- und Kulturschaffende sollen in unmittelbarer Nachbarschaft und anregendem Austausch zu jungen und dynamischen Kreativunternehmen stehen. Entstehen soll ein pulsierender neuer Stadtteil, der auf ganz Vorarlberg wirkt und nach Europa strahlt - ein Kreativzentrum „auf Vorarlberger Art“. Die Besonderheiten Vorarlbergs - Urbanität und Naturraum, Handwerk, Architektur und Technologie, lokale Kreativkräfte und globale Netzwerke sind das Fundament - europäische Partnerschaften, Kooperationen und Sichtbarkeit sind die Ziele. Die für die Kulturhauptstadt erarbeiteten

Schwerpunkte und das städtische Kulturleitbild 2030 eignen sich bestens als Grundlage dafür. Gemeinsam mit dem Land und verschiedenen Partnern soll das Areal inhaltlich entwickelt, geöffnet, zugänglich gemacht und kuratorisch betreut werden – ein innovatives Zukunftsprojekt für unsere Stadt, das mit kleinen Schritten beginnen soll und hoffentlich mit viel Energie Richtung Leuchtturm in der Region steuert.

Und damit sind wir beim **Sport**. Das Sportjahr 2020 war, wie für alle anderen Bereiche auch, besonders herausfordernd. Das Vereinsleben war nur eingeschränkt möglich. Die Funktionäre und Verantwortlichen der Sportvereine zeigten ein hohes Maß an Flexibilität, viele mussten finanzielle Einbußen in Kauf nehmen. Fast alle Sportveranstaltungen mussten abgesagt werden. Im Bereich der Mannschaftssportarten konnten Spiele nur mit geringen Zuschauerzahlen oder gar nur noch im Geisterspielmodus stattfinden. Dafür kam es, sicher auch coronabedingt, zu einer intensiven Nutzung der Naherholungsgebiete in und um Dornbirn. So wurden die städtischen Grünanlagen für sanfte Bewegungsformen wie beispielsweise Yoga genutzt und sehr viele entdeckten das Spazieren, Wandern und Radfahren wieder neu für sich.

In Dornbirn sind aktuell 115 **Sportvereine** mit mehr als 15.000 aktiven Mitgliedern gemeldet, die der Bevölkerung die Möglichkeit bieten, über 60 verschiedene Sportarten im organisierten Vereinssport auszuüben. Die vielen aktiven Mitglieder engagieren sich ehrenamtlich und bieten ein vielfältiges Sportprogramm besonders für Kinder und Jugendliche. Neben der **Förderung der Sportvereine** durch die Stadt ist vor allem der Ausbau und der Erhalt der Sportstätten und Infrastruktur wichtig.

Auch im Bereich des Sportstättenbaus kam es 2020 zu Verzögerungen. So muss die so dringend notwendige Sanierung des Fitnessparcours auf 2021 verschoben werden. Dafür konnte gegen Ende des Jahres noch mit der Umsetzung der Cross Trainingsstrecke auf der Sportanlage Birkenwiese begonnen werden. Sie ist bereits auf die Sanierung und Neugestaltung des sehr beliebten Fitnessparcours in den Achauen abgestimmt. 2021 soll die ebenfalls wichtige **Tribüne im Messestadion** umgebaut werden. Damit werden auch zusätzliche Räumlichkeiten für den Eissport geschaffen. Im Budget sind dafür rund 1,8 Mio. Euro vorgesehen.

Ebenso im Budget vorgesehen sind rund 330.000 Euro für die Umsetzung eines **Skaterplatzes** in Dornbirn, der vor allem der sportbegeisterten Jugend zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Grundlage für die **Jugendarbeit** in der Stadt Dornbirn sind nach wie vor die vom Stadtrat beschlossenen Konzepte sowie die wissenschaftlichen Begleitforschungen. Es zeigt sich immer wieder, dass wir sehr stolz auf die beispielhafte und weit über die Dornbirner Grenzen hinaus vorbildhafte Dornbirner Jugendarbeit sein dürfen. Mehr als 40 hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind in den stadtnahen Jugendorganisationen wie aha, offene Jugendarbeit und Jugendwerkstätten beschäftigt.

Auf die Jugend hatte die Corona Krise besonders große Auswirkungen: Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit, deutlich weniger Ferienjobs, Lehrstellen und Praktikumsplätze, erhöhte psychische Belastungen, geringere Einkommen durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit und eingeschränkte persönliche Kontakte. Auf diese Herausforderung konnte dank eines funktionierenden Jugendnetzwerk gut reagiert werden. Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben die Beziehung zu den Jugendlichen so gut wie möglich

aufrechterhalten. Die Jugendwerkstätten blieben als soziales Unternehmen offen. Der Pflichtschulabschlusskurs Leuchtturm hat die Herausforderungen ebenfalls gemeistert und 14 Jugendlichen zu positiven Hauptschulabschlüssen geführt. Die digitale Jugendarbeit wurde forciert. Konzerte wurden aus dem Vismut über YouTube in die Welt gestreamt. Die offene Jugendarbeit war mit der mobilen Jugendarbeit im öffentlichen Raum unterwegs und hat dabei die Exekutive in der Einhaltung der Verordnungen unterstützt.

Ein besonderes Highlight ist sicher die **Auszeichnung der offenen Jugendarbeit** mit dem Gewinn des Landesjugendprojektwettbewerbs und des Österreichischen Jugendpreises für die beispielhafte Umsetzung der österreichweit einzigartigen Gehörlosendisco.

Die vergangenen Monate haben nicht nur für Jugendliche, sondern für uns alle den Alltag verändert, nicht aber die Ziele, die für eine **qualitätsvolle Weiterentwicklung** unserer Stadt wichtig sind. Die Corona Krise hat uns vor Augen geführt, wie wichtig eine ausgewogene Siedlungsstruktur ist - Naherholung und Nahversorgung rückten deutlich in den Vordergrund. In Zeiten, in denen der Aktionsradius eingeschränkt ist, wird verstärkt bemerkbar, wie wichtig unsere nächste Umgebung ist. Der öffentliche Raum, in dem Freizeitaktivitäten und Regeneration möglich sind, aber auch die Versorgung mit den unmittelbar wichtigen Dingen in der nahen und weiteren Nachbarschaft haben enorme Qualitäten und werden in Krisenzeiten zur Notwendigkeit.

Die Bautätigkeit ließ auch in den Krisenmonaten nicht nach. Der „Wettbewerb“ der unterschiedlichsten Nutzungen im knapper werdenden Raum hält nach wie vor an und es ist wichtig, die bestmögliche **Balance zwischen den räumlichen Ansprüchen** wie Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Erholung, Wirtschaft und Ökologie, zu finden.

Ein Thema, das in alle Bereiche hineinwirkt, ist jenes des **Klimawandels**. Seit Anfang der 90iger Jahre engagiert sich die Stadt Dornbirn mit zahlreichen Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz. Die Liste, der in den vergangenen 20 Jahren umgesetzten Maßnahmen, ist bemerkenswert und zeigt sich letztlich auch im e5- und im European Energy Award- Programm – bei beiden hat Dornbirn die höchste Auszeichnung in Gold. Von den europaweit 1.500 Städten und Gemeinden, die am European Energy Award Programm teilnehmen, gehört Dornbirn mit einem Erfüllungsgrad von 79,2% zu den besten 100 Gemeinden und Städten Europas. Dornbirn war eine der ersten Städte, die ihre Umweltziele und Aufgabenbereiche in einem eigenen Leitbild formuliert hat.

Diese Umwelt- und Klimaziele werden laufend im **Dornbirner Umwelt- und Energieprogramm (DUP)** detailliert und festgelegt und werden jährlich mit einem verbindlichen und vom **Stadtrat beschlossenen Maßnahmenplan** ergänzt.

Als Beispiel für viele weitere Maßnahmen möchte ich hier die in Frühjahr und Herbst durchgeführte **Baumpflanzaktion** erwähnen: knapp 190 Bäume wurden im Stadtgebiet gepflanzt; dazu kommen noch 700 Sträucher. Die Möglichkeit, über das Babystartpaket Bäume zu erwerben oder zu pflanzen, haben 160 Familien in Anspruch genommen. Die Aufwertung der städtischen Grünzonen und Schaffung neuer Blühflächen ist ebenfalls Teil dieser Strategie. Dazu gehören neue Angebote für das Urban Gardening, Gestaltungsmaßnahmen auf den Friedhöfen oder die Begrünung von Dachflächen, wie sie zuletzt auf dem Kulturhausdach erfolgt ist. Zudem werden zahlreiche energieeffiziente Maßnahmen gesetzt wie PV-Anlagen, Fernwärmeanschlüsse, eine Energieeffizienzanalyse im Stadtbad und vieles mehr. Die schrittweise Umstellung der

Straßenbeleuchtung auf die neue LED-Technik bringt technische Vorteile, vor allem aber eine langfristige Einsparung sowohl bei der Wartung als auch beim Stromverbrauch.

In der Stadtentwicklung ist neben der Stärkung der Stadtteilzentren auch die Weiterentwicklung und Stärkung der **Innenstadt** in den kommenden Jahren eine wichtige Aufgabe. Mit der Fertigstellung der Stadtbibliothek konnte ein zentrales Highlight realisiert werden. Ein weiterer Meilenstein ist die **Umgestaltung der Bahnhofstraße**, die in diesem Sommer abgeschlossen werden konnte. Der Bahnhof rückt dadurch „gefühl“ noch vielmehr an das Stadtzentrum heran und bildet somit einen zentralen Eingang in die Innenstadt.

Die **Markthalle** könnte mittelfristig ein weiteres Highlight darstellen. Damit dies tatsächlich auch gewährleistet werden kann, bedarf es jedoch noch einer Reihe von detaillierten Abklärungen wie auch Untersuchungen. Diese werden im kommenden Jahr sukzessive weitergeführt. Eine zentrale Grundlage ist das **Quartiersentwicklungskonzept „Schmalzwinkel“** (Bereich zwischen Bahnhof und Eisengasse), das insbesondere die städtebaulichen Aspekte behandelt. Für die zweite Etappe der geplanten **Erweiterung der Fußgängerzone** in der Schulgasse stehen wir bereit. In Abhängigkeit der privaten Akteure in diesem Bereich, können die detaillierten Planungen bei Vorliegen entsprechender Entscheidungen unmittelbar gestartet werden. Eine ähnliche Situation zeigt sich im Bereich der **Einmündung der Schillerstraße in die Stadtstraße**. Hier bestehen konkrete Absichten privater Investoren, den Standort weiterzuentwickeln - die Stadt wird im Hinblick auf diesen bedeutsamen Bereich mit hohem Potential ihren Beitrag dazu leisten.

Im Hatlerdorf konnte kürzlich die Verlängerung der **Bleichestraße** dem Verkehr übergeben werden. Der Abschluss des gesamten Projektes Rheintal Mitte soll im Frühjahr 2022 erfolgen. Bis dahin ist noch die Realisierung des Radweges entlang der Schweizerstraße, die Errichtung der Autobahnanschlussstelle, die Errichtung der Lastenstraße wie auch der Radweg entlang der A14 bis zur Querung des Koblacher Kanals geplant. Der größte Teil der Arbeiten ist dabei für nächstes Jahr vorgesehen. Für Tiefbauprojekte wie Straßenneubau und –sanierungen, Brücken, Kanal- und Wasserbau und Hochwasserschutz sind im nächsten Jahr über 10 Mio. Euro vorgesehen.

Die Planungen für eine neue **Rappenlochbrücke** laufen auf Hochtouren. Wir hoffen, mit dem Bau im kommenden Jahr beginnen zu können. Zuvor wird es aber notwendig sein, die Rappenlochschlucht und den Durchfluss für die Ebnetzer Ache zu sanieren, dies alleine schon zur Verbesserung der Hochwassersicherheit. Der Felssturz im Frühjahr hat das Bachbett mit Gesteinsmaterial verlegt und es kommt immer wieder zur Aufstauung des Flusses. Die Arbeiten sind notwendig, um mögliche Schwallereignisse, die für das Stadtgebiet gefährlich werden können, zu verhindern.

Bahnhöfe und Haltestellen der Bahn sind wichtige Kristallisationspunkte der Mobilität wie auch der Siedlungsentwicklung. Dies ist auch am **Bahnhof Dornbirn** in hohem Maße spürbar. Einerseits durch die hohen Zuwächse im öffentlichen Verkehr, was auch die deutliche Ausweitung der Haltekanten erforderlich machte, andererseits durch die enorme Siedlungsdynamik, die im Bereich des Bahnhofs gerade auch durch Private feststellbar ist. Mit der Fertigstellung des **Gebäudes für die Bundespolizei** bzw. dem Einzug der Polizei Anfang nächsten Jahres wird ein erster Mosaikstein fertiggestellt. Neben Veränderung der städtebaulichen Situation wird die Bundespolizei einen wichtigen Beitrag insbesondere zur subjektiv empfundenen Sicherheit leisten. Dafür sind im Budget 2,8 Mio. Euro vorgesehen.

Im Zuge der Ansiedlung einer Versicherungsanstalt am Bahnhof ist eine öffentlich zugängliche Tiefgarage geplant, die so ausgelegt wird, dass sie in beide Richtungen erweiterbar ist. Damit wollen wir dem Bahnhof langfristig eine dem Standort entsprechende Anzahl an Parkplätzen zur Verfügung stellen. Die Planung des Gebäudes erfolgt in Abstimmung mit dem aktuell in Ausarbeitung befindlichen **Quartiersentwicklungskonzept Bahnhofsbezirk**. Das Quartiersentwicklungskonzept, soll nächstes Jahr vorliegen und wird eine solide Grundlage für die Weiterentwicklung des Areals rund um den Busbahnhof wie auch der weitergehenden Bereiche sein.

Mit der Anschaffung der neuen Busse Anfang Dezember dieses Jahres erhielt der **Stadtbus** ein notwendiges Facelifting und präsentiert sich nun als modernes und der Zeit entsprechendes energieeffizientes Verkehrsmittel. Das größere Raumangebot wird positiv angenommen und gerade in Zeiten von Corona ist dies von zentraler Bedeutung.

Umsatzrückgänge mussten in Dornbirn auch jene **Betriebe und Gesellschaften** hinnehmen, an denen die Stadt direkt beteiligt ist. Um die Verluste einzudämmen wurden Unterstützungen, wie beispielsweise Kurzarbeit, in Anspruch genommen, sowie die Zeit des Lockdowns für Revisionen und notwendige Arbeiten genutzt. Dies betrifft sowohl die Sport- und Freizeitbetriebe GmbH (Stadtbad und Waldbad Enz), die Dornbirner Seilbahnen AG, die Kulturhaus Dornbirn GmbH, Dornbirn Tourismus und Stadtmarketing, die Kletterhalle und die inatura. Erst die Abschlussbilanzen werden das genaue Ausmaß der Rückgänge zeigen.

Von den Einschränkungen besonders hart getroffen wurde die **Messe Dornbirn GmbH**, die aufgrund der Pandemie nahezu alle Messen absagen musste und zudem noch Einschränkungen im Bereich der sportlichen Nutzung hinnehmen musste. Auch sämtliche Veranstaltungen im Messequartier mussten abgesagt werden. Die finanziellen Einbußen sind auch hier groß.

Hohe Stadtvertretung,

auch wenn wir derzeit nicht wirklich abschätzen können, wie sich die Pandemie in den kommenden Monaten entwickeln wird und wie schnell die angekündigten Impfungen durchgeführt werden, die Auswirkungen sind enorm; es ist davon auszugehen, dass es einige Jahre dauern wird, bis sich die Wirtschaft – weltweit – wieder erholen wird. Unser alltägliches Leben hat sich verändert und wir müssen davon ausgehen, dass Vieles nicht mehr so sein wird, wie zuvor. Für manche Bereiche, wie beispielsweise die Digitalisierung, hat die Pandemie die Entwicklung beschleunigt.

Insgesamt sollten wir dennoch zuversichtlich in die Zukunft blicken. Die Krise hat auch gezeigt, dass die Menschen unserer Stadt in großer Solidarität zusammenstehen und sie hat bei Vielen das Bewusstsein für die wirklich wichtigen Dinge geschärft. Diese positive Geisteshaltung sollten wir uns bewahren und die Achtsamkeit auch nach der Krise nicht verlieren.

Mit dem vorliegenden Budget für das kommende Jahr werden wir unsere Stadt nachhaltig weiter entwickeln; das ist unser gemeinsames Ziel und auch unsere Aufgabe im Interesse aller Dornbirnerinnen und Dornbirner. Die verschiedenen Projekte, die im Voranschlag abgebildet sind,

werden dazu beitragen, unsere Stadt fit für die Zukunft zu machen sowie die Lebensqualität zu verbessern.

Was mich persönlich ganz besonders freut ist, dass wir das Budget auch heuer in partnerschaftlichem Geist gemeinsam erarbeiten konnten. Die Abwägung der Notwendigkeiten und die Diskussionen erfolgten stets respektvoll und auf Augenhöhe – nur so lässt sich dieses gemeinsame Projekt „Dornbirn“ auch nachhaltig gestalten.

Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals bei allen Beteiligten, insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat herzlich für ihre Inhalte aber auch für ihre Kompromissbereitschaft bedanken.

Herzlichen Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, der Personalvertretung und speziellen Dank an Mag. Guntram Mathis und Peter Johler, bei denen alle budgetrelevanten Informationen zusammenlaufen und die in vielen – heuer besonders vielen - Runden und intensiven Gesprächen die Entstehung dieses Budgets ermöglicht haben.

Herzlichen Dank!“

Stadträtin Dr. Juliane ALTON gibt namens der Fraktion „Dornbirner Grüne – die offene BürgerInnenliste“ folgende Äußerungen zum vorliegenden Voranschlagsentwurf 2021 ab:

„Am Beginn einer Periode – und wir stehen immer noch am Anfang unserer fünfjährigen Arbeitsperiode als Stadtvertretung – ist Zuversicht am Platz.

Zuversicht, dass neue Menschen frische Ideen und notwendige Impulse bringen; Zuversicht, dass wir aus Unzulänglichkeiten gelernt haben und vielversprechende Wege der Zusammenarbeit finden können; Zuversicht, dass wir uns den wichtigsten Aufgaben jetzt endlich mit voller Kraft widmen werden. Und ja – auch Zuversicht, dass wir die schwierige Situation, in die uns die Pandemie gebracht hat, nützen können, um Kräfte des Gemeinsinns und der Solidarität zu mobilisieren.

Es ist auch vorsichtiger Optimismus angebracht, dass weltweit die Überlebens Themen in den Fokus gerückt sind, dass die Dringlichkeit der Klimafrage spürbar geworden ist – und das trotz oder mit der Pandemie. Ich nehme die Abwahl eines grobschlächtigen, lügenhaften US-amerikanischen Präsidenten als ein Zeichen dafür. Vor allem aber ist die Verabschiedung des Europäischen Grünen Deals, um erster klimaneutraler Kontinent zu werden, ein ermutigender Schritt, den wir hier in Dornbirn mittragen wollen.

Ermutigend finde ich auch, dass wir soeben zwei Anträge beschließen konnten, von denen einer auf die Nutzung regionaler Ressourcen abzielt und der andere auf eine humanitäre Katastrophe Bezug nimmt.

Ebenso bewegt mich die Zuversicht, dass sich in diesem Gremium Menschen versammeln, die Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß mitbringen – jene Eigenschaften, die

der Soziologe Max Weber schon vor 101 Jahren als notwendig für die politische Arbeit beschrieben hat in seiner Rede „Politik als Beruf“.

Dass wir Grüne durch die Gemeinderatswahl im September sehr gestärkt in dieser Versammlung vertreten sind, ist das Tüpfelchen auf dem i meiner Zuversicht.

Der Voranschlag für 2021 ist – wie immer – handwerklich gut gemacht, auch wenn das heuer eine große Mühsal für unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Finanzabteilung war. Dafür danke ich ihnen ebenso wie für die Zähigkeit, mit der sie Einsparungspotenziale gesucht und gefunden haben.

Doch leider gibt es – bei allem Optimismus – wichtige Fragen, die uns Probleme bereiten.

Das unerfreuliche Faktum, dass wir 2021 und wohl auch 2022 laufende Ausgaben der Stadt mit Krediten finanzieren müssen, wäre für uns kein Grund, dem Voranschlag 2021 die Zustimmung zu verweigern.

Schwerer wiegt jedoch, dass wir Vieles, was mit diesem Voranschlag inhaltlich beschlossen wird, nur bruchstückhaft kennen. Obschon wir uns jetzt seit Oktober wöchentlich mit dem Voranschlag befassen, obwohl wir sechs Mal einen dicken Paken Papier und zwei Mal auf meine Bitte hin von der Finanzabteilung eine Tabelle in digitaler Form mit den Finanzdaten erhalten haben, bleibt unklar, was der Voranschlag als in Zahlen gegossene Politik genau beinhaltet.

Welche energietechnischen Maßnahmen wie z.B. Photovoltaikanlagen werden 2021 umgesetzt? Welche Konzepte zur Verkehrsberuhigung und zur Verkehrssicherheit werden erarbeitet und auf den Wege gebracht? Welche Projekte und zusätzliche Leistungen werden für unsere Schüler*innen und auszubildenden Jugendlichen eingeleitet, um ihre schwierige Situation zu verbessern? Diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Nun enthält der Voranschlag Positionen, in denen solche Vorhaben enthalten sind. Doch die Budgetdetails bekommen wir nicht vorgelegt – auch nicht auf mehrfache Anfrage hin. Denn selbstverständlich haben wir gleich bei der ersten großen Budgetrunde um diese Unterlagen ersucht. Doch darauf gab es keine Reaktion, auch bei einer Wiederholung der Anfrage nicht.

Es kann sein, dass wir da schon im kommenden Jahr eine Verbesserung erzielen. Alle Fraktionsobleute haben ja unseren Vorschlag begrüßt, einen genauen Vorhabensplan aller Abteilungen für das Budgetjahr zur Grundlage des Vorschlages zu machen. Als Vorbild können wir den im Tiefbau vorliegenden Projektplan nehmen.

Ein weiteres Problem, das sich auch in diesem Voranschlag manifestiert, ist künstlich erzeugter Zeitdruck. Der verhindert dann, dass alle Informationen auf den Tisch kommen, um die bestmöglichen Entscheidung fällen zu können. Das gilt zum Beispiel für den Architekturwettbewerb für die Volksschule Forach. Ein an und für sich unumstrittenes Projekt verliert an Qualität, wenn es durchgepeitscht wird – und dem angeblichen Zeitdruck wichtige Diskussionen geopfert werden. Niemand von uns konnte vor dem Beschluss die Anforderungen in Erfahrung bringen, die im Architekturwettbewerb gestellt werden. Teilinformationen ergeben keinen Sinn, sind aber ständige Praxis. Auch unserem schon x-fach vorgebrachten Anliegen, man möge eine offene Form des

Architekturwettbewerbs durchführen mit einem Ideenwettbewerb als ersten Schritt, wird offenbar wieder nicht entsprochen. Ein nachvollziehbarer Grund ist nicht zu erfahren.

Die Frage der Informationsflüsse ist ein grundlegendes Problem. Mein Stadtratskollege Martin Hämmerle hat in der zweiten Stadtratssitzung, an der er teilgenommen hat, den Vorschlag unterbreitet, der Stadtrat möge sich auf Klausur begeben und einen Plan machen, was wir in den fünf Jahren, für die wir gewählt sind, erreichen wollen – was unsere Ziele in Dornbirn für 2025 sind. Er hat diesen Vorschlag auch wiederholt. Ich unterstütze das ganz klar, denn ich würde mir davon eine neue Qualität der Zusammenarbeit erhoffen. Doch er hat keine Antwort bekommen. Ebenso wenig wie ich auf meinen Vorschlag, den ich dem Stadtrat einmal schriftlich und einmal mündlich unterbreitet habe, betreffend die Flüchtlingsproblematik auf den griechischen Inseln. Jetzt haben wir es auf die Tagesordnung der Stadtvertretung gebracht. Ich bin sehr froh, dass wir einen Beschluss fassen konnten.

Ist es denn notwendig, dass wir alle Fragen, die uns wichtig sind, auf die Tagesordnung der Stadtvertretung bringen, damit sie besprochen und entschieden werden? Ich würde mir wünschen, dass das auf anderen Ebenen ebenso möglich wäre, ernsthaft die Dinge aufzugreifen.

Insgesamt stelle ich fest, dass es viele Fragen, große Informationsbedürfnisse und umfassende Diskussionsbereitschaft von unserer Seite gibt. Meine Wahrnehmung ist, dass vieles davon ins Leere geht. Warum? Ist es schlicht so, dass hier nur eine Agenda der stärksten Partei voran getrieben werden soll?

Mit dem Wahlerfolg der Dornbirner Grünen im September sollte ein verstärktes Engagement für unsere zentralen politischen Themen verbunden sein – etwa für den klimagerechten Umbau der Mobilität, für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Begegnungszonen, Fahrradstraßen; nicht jedoch für Tiefgaragen und Parkplätze, die im vorliegenden Voranschlag wesentlich gewichtiger sind.

Exemplarisch möchte ich noch zwei Projekte erwähnen, an denen wir schon lange gemeinsam arbeiten, wo der aktuelle Stand aber eher ernüchternd ist.

Eines davon ist der städtische Gutshof Martinsruh. Im Januar dieses Jahres haben wir hier in diesem Gremium den Beschluss gefasst, dass Martinsruh ein Vorzeige-Bio-Hof werden soll. Das ist sehr erfreulich. Doch das Ergebnis zweier Ausschreibungen gibt wenig Hoffnung, dass die gemeinsam formulierten Ziele der Stadt damit erreicht werden. Einzelinteressen schlagen Gemeinwohl, fürchte ich.

Das zweite ist das Skaten in Dornbirn – eine lange Geschichte kurz gefasst: Eine sehr aktive Szene konnte sich in der alten Messehalle etablieren, damit erhielt das Skaten in Vorarlberg eine Winterzuflucht. Seit dem Ende der Halle gibt es nichts mehr – trotz zahlreicher Anläufe, neue Möglichkeiten für das Skaten zu schaffen. Nun ist der Bau eines Skaterplatzes im Voranschlag 2021 weiterhin enthalten, was mich freut. Doch die Suche nach dem Standort läuft Gefahr, zu einer unendlichen Reise zu verkommen.

Der Standort Bahnhof für einen Skaterplatz war bestimmt nicht unser Favorit, weil die Quartiersplanung am Laufen ist und daher keine Bauentscheidungen für das Areal getroffen werden sollten. Doch plötzlich – dann alles zurück, jetzt sollte es der Hermann-Gmeiner-Park für die Skater werden. Und bevor man jetzt auch dort aufgibt und am Nordrand der Stadt sucht, soll

man sich den Hermann-Gmeiner-Park noch einmal genauer anschauen, umsetzbare Vorschläge von uns gibt es.

Im übrigen wollen wir die Jugend gern im Stadtzentrum sehen, nicht an der Peripherie. Aus unserer Sicht ist deshalb zusätzlich zum Hermann-Gmeiner-Park nahe der Bahnlinie auch der Vorplatz des Kulturhauses geeignet. Es darf gern auch zwei Plätze geben.

Aktuell haben wir wieder leere Messehallen, es könnte also sofort ein Winterquartierquartier für die Skater geschaffen werden.

Am Beispiel der großen Position im Voranschlag für den Neubau der Tribüne in der Messehalle mit 1,8 Millionen Euro komme ich zu einem Thema, besser gesagt zu einer gesetzlichen Verpflichtung, die Sie kennen: Artikel 13 unserer Bundesverfassung sieht vor, dass Bund, Länder und Gemeinden bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter anzustreben haben. Der Bereich Sport wäre ein guter Beginn, damit jetzt ernst zu machen. Dazu gehört als erster Schritt die Erhebung der Daten. Und da gibt es ja schon gute Vorarbeiten in der Sportabteilung. In anderen Städten werden Sportarten, die vorzugsweise Frauen ausüben (Gymnastik, Yoga, Pilates, rhythmischer Tanz etc.) mit zusätzlichen Flächen- und Zeitangeboten gefördert.

Zurück zum Voranschlag. Wir hätten ihm gern zugestimmt, schon aus Solidarität. Der Einbruch der Ertragsanteile und der Kommunalsteuereinnahmen ist eine große Erschwernis, der wir uns alle stellen müssen. Deshalb kann ich der Idee, sich aus der Krise raus zu investieren, viel abgewinnen. Es ist allerdings notwendig, in die richtigen Vorhaben zu investieren. Wichtig sind Projekte in den Bereichen Klimaschutz, Energie, Bildung und Forschung, weniger die Bauinvestitionen aus dem Ideenfundus der 1960er Jahre wie etwa Tiefgaragen. Und insgesamt fehlen uns als Basis für gemeinsames Arbeiten Transparenz und Diskussionsbereitschaft.

Nun, ich möchte zum Schluss kommen. Beim Nachdenken über die Gründe, warum es so aufreibend sein kann, an notwendige Informationen zu kommen und auf Augenhöhe eingebunden zu sein in Projektentwicklungen, bin ich auf eine Aussage der Schriftstellerin Christa Wolf gestoßen, die 1987 geschrieben hat:

„Nicht zu viel – zu wenig haben wir gesagt, und das Wenige zu zaghaft und zu spät. Und warum? Aus banalen Gründen. Aus Unsicherheit. Aus Angst. Aus Mangel an Hoffnung. Und, so merkwürdig die Behauptung ist: auch aus Hoffnung. Trügerischer Hoffnung.“

Gute, demokratische Entscheidungen können nur auf Basis umfassender Information gefällt werden. Und daran werden wir weiter arbeiten. Ich danke allen, die diese Sichtweise teilen und danach handeln, denen Transparenz ebenfalls ein Anliegen ist und die auf Augenhöhe mit uns an Projekten arbeiten. Das sind nicht wenige. Und deshalb ist es keine trügerische Hoffnung, auf mehr Transparenz, Offenheit und kooperative Arbeit zu setzen.

Vielen Dank.“

Vizebürgermeister Markus FÄSSLER gibt namens der Fraktion „Markus Fäßler und die Dornbirner SPÖ“ folgende Äußerungen zum vorliegenden Voranschlagsentwurf 2021 ab:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Damen und Herrn von der Stadtvertretung, geschätzte Dornbirnerinnen und Dornbirner!

Im Jahr 2020 haben drei unerwartet große Ereignisse Dornbirn hart getroffen: die **COVID19-Pandemie**, der erneute **Felssturz im Frühjahr im Rappenloch** und der **Brand der Ausweichschule** Fischbach. Unsere Stadt steht daher vor besonderen Herausforderungen, die Budgeterstellung für 2021 gestaltet sich besonders schwierig. In dieser problematischen Situation ist es wichtig, dass wir über die Parteigrenzen hinaus gemeinsam versuchen, diese Herausforderungen zu meistern.

In den letzten Wochen und Monaten ist es in oft harten, aber konstruktiven Verhandlungen gelungen, ein gemeinsames Budget für unsere Stadt zu erstellen. Angesichts der COVID19-Pandemie und ihrer Folgen war es für die SPÖ wichtig, **Schwerpunkte** in den Bereichen **Arbeitsplatzstandort, Gesundheit und Bildung** zu setzen. Außerdem konnte die SPÖ erfolgreich **weitere Anliegen** einbringen, insbesondere bei der **Infrastruktur, Hochwassersicherheit** und **Sport**. **Zudem ist es der Dornbirner SPÖ wichtig, die Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen** verstärkt fortzusetzen.

Da die Frau Bürgermeisterin die Details des Budgets bereits erläutert hat, beschränke ich mich auf wesentliche Punkte aus Sicht der Dornbirner SPÖ:

1. Aktive Arbeitsplatzpolitik

Die durch die COVID-Pandemie hervorgerufene Wirtschaftskrise wird auch unsere Stadt noch länger beschäftigen.

Daher ist es gerade jetzt wichtig, dass die Stadt eine **hohe Investitionssumme** von ca. 42 Mio Euro größtenteils für die heimische Wirtschaft bereitstellt. Rein rechnerisch fließen 2021 an 250 Arbeitstagen täglich rund 168.000 Euro größtenteils in die Dornbirner Wirtschaft. Diese Investitionen sind aus mehreren Gründen wichtig. Einerseits können wir dadurch Arbeitsplätze erhalten und womöglich auch neue schaffen, andererseits klein- und mittelständische Unternehmen in den schwierigen Zeiten der Wirtschaftskrise unterstützen.

Wichtig ist für uns auch die Weiterführung der **aktiven Bodenpolitik** der letzten Jahre. Es ist unumgänglich, dass die Stadt nach Möglichkeit neue Grundankäufe tätigt, dafür gibt es zwei bedeutende Gründe:

1. Die Stadt benötigt Grundstücke, um **neue Betriebsansiedlungen** in Dornbirn zu ermöglichen und um weitere wichtige Projekte wie Grundstücksumlegungen in Betriebs- und Wohngebieten durchzuführen, um diese Gebiete dann weiterentwickeln zu können.
2. Außerdem muss die Stadt mehr Grundstücke für **leistbaren Wohnbau** zur Verfügung stellen, denn Wohnen in Dornbirn ist für viele Dornbirnerinnen und Dornbirner einfach nicht mehr bezahlbar.

2. Hohe Investitionen in Bildung

Die Bevölkerungsentwicklung Dornbirns weist in den letzten Jahren eine besonders hohe Dynamik auf.

Die Bevölkerung wächst rasch und mittlerweile wurde die 50.000 EinwohnerInnen-Marke überschritten. Damit verbunden erhöhen sich auch sehr stark die Schülerzahlen. Leider wurde die

Ausweichschule im Fischbach bei einer Gasexplosion, bei der zum Glück keine Personen zu Schaden gekommen sind, total zerstört. Die abgebrannte Schule wird nicht nur für die Kinder der VS-Forach benötigt. Der Schulneubau, im Budget mit 4,5 Mio. Euro, wird auch wegen anstehender Schulsanierungen für weitere Jahrzehnte als Ausweichschule für die Zeit der Sanierungen dringend gebraucht. Für die Dornbirner SPÖ hat der schnellstmögliche Neubau der Ausweichschule am selben Standort mit der Option, den Neubau um eine Turnhalle zu erweitern, eine sehr hohe Priorität. Damit können wir auch die Umsetzung der weiteren Sanierungen der Dornbirner Schulen sicherstellen. In den nächsten Jahren ist es wichtig, dass eine Turnhalle bei der Ausweichschule gebaut wird, da die Lösung in der ehemaligen Textilfabrik Hämmerle nicht dauerhaft gesichert ist und eine Turnhalle Bewegungspädagogik für die SchülerInnen direkt und unkompliziert beim Standort der Schule ermöglicht.

Für die neue **VS Forach** sind im Budget die Kosten für den Architekturwettbewerb vorgesehen und der Wettbewerb wird 2021 durchgeführt, sodass mit der dringenden Umsetzung der neuen Schule danach begonnen werden kann.

Die Planungen für das neue „**Dorfzentrum**“ **Haselstauden** mit neuem Kinderhaus, Mehrzweckhalle und der Gestaltung des Platzes werden weitergeführt. Mit der Umsetzung des Projektes Haselstauden in den nächsten Jahren unter anderem mit der Ergänzung der Fachschule für wirtschaftliche Berufe um eine höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe mit Schwerpunkt Sozialmanagement erhält das Vereins- und Stadtleben in Haselstauden eine wichtige Aufwertung.

3. Investitionen in Gesundheit

Die Dornbirner SPÖ hat sich immer zum **städtischen Krankenhaus** bekannt, gerade jetzt in Zeiten der Pandemie sehen wir wieder, wie wichtig das Krankenhaus und die städtischen Gesundheitsbetriebe für die Versorgung unserer Bevölkerung sind. Es werden im Jahr 2021 von Seiten der Stadt 4,7 Mio Euro in den Ausbau der neuen Zentralsterilisation und des OP-Traktes sowie in die Planungen eines neuen Modells für die „ambulante Erstaufnahme“, investiert. Das neue Modell der „ambulanten Erstaufnahme“ ermöglicht eine erste wichtige Vorabklärung und Einstufung nach Dringlichkeit und damit eine den PatientInnen angemessene Versorgung. Besonders freut uns, dass in Zusammenarbeit mit der Kindermedizinischen Abteilung des Dornbirner Krankenhauses ein Projekt für ein **pädiatrisches Versorgungszentrum** in Dornbirn erarbeitet wird, bei dem der Kinderfachärztemangel in Dornbirn gemildert wird. Für uns ein erster wichtiger Schritt in Richtung medizinisches Primärversorgungszentrum, um den bevorstehenden Mangel an niedergelassenen HausärztInnen zu begegnen und das Personal in den Ambulanzen zu entlasten.

4. Verkehrs- und Hochwassersicherheit

Im März 2020 ereignete sich erneut ein Felssturz in der Rappenlochschlucht. 10.000 bis 15.000 Kubikmeter Gestein lösten sich unterhalb des bergseitigen Brückenwiderlagers der Rappenlochbrücke. Die Rappenlochbrücke musste daraufhin abgebaut werden. Die städtische Straßenmeisterei baute unverzüglich den Weg um den Staufensee als Notverbindung aus. Dies kann nur eine vorübergehende Notlösung für den Verkehr ins Ebnit sein und die Brücke muss deshalb schnellstmöglich wiedererrichtet werden. Mit dem Typenentscheid der Brücke können der erforderliche Baubeschluss in der nächsten Stadtvertretung getroffen und die notwendigen Behördenverfahren für den **Neubau der Rappenlochbrücke** durchgeführt werden.

Für mich und die Dornbirner SPÖ ist es von höchster Priorität, dass die Stadt Dornbirn diese Brücke schnellstmöglich neuerrichtet. Dafür gibt es drei sehr wichtige Gründe:

1. Das Naturjuwel „Rappenloch-Staufensee-Alploch“ muss für die erholungssuchenden Wanderer wieder verkehrsfrei werden.
2. Mit der Errichtung der Brücke kann die Busverbindung ins Ebnit wieder im einstündigen Takt geführt werden.
3. Durch die neue Brücke wird das „Bergdorf Ebnit“ wieder sicher erreichbar, was vor allem für die Bewohnerinnen des Ebnits elementar wichtig ist.

Die Umsetzung des **Hochwasserschutzprojektes Rappenloch** mit Sprengung der labilen Felspartien, anschließender Räumung der Schlucht und die Herstellung einer gesicherten Abflusssektion wird, wie bereits in der letzten Stadtvertretung beschlossen, durchgeführt. Damit wird die Hochwassergefahr im Stadtgebiet von Dornbirn, durch eine plötzlich auftretende Flutwelle im Bachbett der Ache, vermieden.

Für die Fortführung der **Ufermauersanierung an der Dornbirner Ache** sowie für die Planungen und Maßnahmen von Hochwasserschutzmaßnahmen unter anderem am **Steinebach** und **Haselstauderbach** sind insgesamt € 780.000.- vorgesehen. Damit können das wichtige Projekt „Dorfzentrum Haselstauden“ erst verwirklicht und die Hochwassersicherheit im Stadtgebiet verbessert werden.

5. Investitionen in die Infrastruktur

Die Anbindung der Betriebsgebiete Wallenmahd und Bobletten an die Autobahn und der Anschluss des Messeparks mit der im Bau befindlichen Lastenstraße ist für die Entlastung des Wohngebietes Schweizerstraße und für die Verkehrsführung im gesamten Hatlerdorf ein sehr wichtiges Projekt. Der **Autobahnanschluss** soll Ende 2021 endlich eröffnet werden, damit wird das Wohngebiet im Hatlerdorf um 600 Lkw-Fahrten pro Tag entlastet.

Für den Ausbau des **Fußgänger- und Radwegenetzes** sind 280.000 Euro im Budget. Auf der einen Seite ermöglichen wir damit die schnellen und sicheren Schul- und Arbeitswegverbindungen zwischen den Wohnquartieren, Betriebsgebieten und Schulen, auf der anderen Seite ist ein Dornbirn der „kurzen Wege“ eine der besten **Klimaschutzmaßnahmen**, die von der Stadt durchgeführt werden kann. Eine weitere sehr wichtige Investition der Stadt ist das neue **Gebäude der Bundespolizei** am Bahnhof. Durch den Neubau des Polizeigebäudes können wir das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung am Bahnhof und in ganz Dornbirn erhöhen. Für die Sicherheit am Bahnhof ist für uns ganz wichtig, dass mit einer Doppelstrategie vorgegangen wird: verstärkte Präsenz der Polizei und verstärktes „Streetwork“, bei dem mit den verschiedenen Gruppen am Bahnhof gearbeitet wird, damit z.B. Probleme wie die starke Verunreinigung der Umgebung des Bahnhofes verbessert bzw. vermieden werden können.

Wichtige **Kanal-, Wasserleitungs- und Straßensanierungen** werden im Jahr 2021 in der Dr.-Ölz-Straße und Haldengasse durchgeführt. Die Wasserleitungen, der Kanal und die Erdgasleitungen in der Dr.-Ölz-Straße sind in die Jahre gekommen und müssen ausgetauscht werden, da es vor allem bei den Wasserleitungen immer wieder zu Rohrbrüchen gekommen ist und diese sehr dringend saniert werden müssen. Für mich als Tiefbaureferent ist es besonders wichtig, dass bei Sanierungen von Straßenzügen die Bevölkerung zu Beginn des Projektes mit eingebunden wird. Mit einem guten Bürgerbeteiligungsprojekt können viele Konflikte vermieden und gemeinsame sinnvolle Straßenraumplanungen umgesetzt werden.

6. Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen

Die gesamte Stadtregierung hat in den letzten Jahren viele Maßnahmen hinsichtlich des Klimaschutzes gesetzt, so z.B. den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Fuß- und Radwege, die Beheizung der städtischen Gebäude mit erneuerbarer Energie, die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf verschiedenen städtischen Gebäuden und anderes mehr. Erstmals ist es uns im letzten Budget 2020 gelungen, auch für Klimaanpassungsmaßnahmen 170.000 Euro einzuplanen. Damit wurden wichtige Projekte wie verstärkte Baumpflanzungen für natürlichen Schatten in den Straßenzügen und die Erneuerung und Errichtung von Trinkwasserstellen z.B. auf dem Zanzenberg und am Müllerbach ausgeführt. Auch dieses Jahr sind wieder 170.000 Euro für Klimaanpassungsmaßnahmen im Budget vorgesehen. Um die immer häufiger auftretenden Hitzetage, die vor allem Kinder, ältere Menschen und Tiere belasten, erträglicher zu gestalten, müssen wir weitere Maßnahmen dringend umsetzen, z.B. Beschattungen von öffentlichen Plätzen, Kindergärten und Schulplätzen etwa durch Sonnensegel, begehbare Wasserflächen, weitere Baumpflanzungen in den Straßenzügen und die Erneuerung und einfache Errichtung von Trinkwasserbrunnen. Durch die Anbringung eines neuen Hydranten-Kopfes können Hydranten auch zur Trinkwasserentnahme genutzt werden, wie bereits bei einem Hydranten am Müllerbach umgesetzt. Dabei dürfen wir uns gerne Wien als Vorbild nehmen, wo es bereits seit Jahren Maßnahmen, um Hitzetage erträglicher zu machen, im Rahmen einer eigenen Klimaförderung für die Bezirke gibt.

7. Sport

Die Sportvereine leisten für Dornbirn eine unbezahlbare Jugend- und Integrationsarbeit und für die Dornbirner SPÖ ist es besonders wichtig, dass wir unsere Dornbirner Sportvereine in diesen schwierigen Zeiten unterstützen. Mit der Errichtung von **Kabinen unter der Tribüne in der Eishalle** geben wir einerseits den Bulldogs die Möglichkeit, endlich der Liga entsprechenden Trainings- und Umkleidemöglichkeiten zu bekommen, andererseits ermöglichen wir für den Publikumslauf und die anderen Eissportvereine die effektivere zeitliche Nutzung der Eisfläche durch entsprechend verkürzte Wartezeiten beim Umkleiden.

Dieses Jahr sind 50.000 Euro für die Projektentwicklung **Arena Höchsterstraße** vorgesehen. Diese wird aber leider immer etwas verzögert, im Jahr 2020 ist fast nichts dazu geplant bzw. weiterentwickelt worden. Es hätte bereits mit der Arbeitsgruppe in diesem Jahr ein Konzept, was alles auf dem Areal gebaut werden soll, erstellt werden müssen. Fast nichts ist geschehen. Die COVID19-Pandemie darf dafür keine Ausrede sein. Für uns ist besonders die Planung bzw. Umsetzung der zweiten Eisfläche wichtig, einerseits für die Eishockeyvereine und andererseits für die vielen Familien, die sich andere teure Wintersportarten wie z.B. Skifahren nicht leisten können. Genauso von Bedeutung für uns ist die Planung der Polytechnischen Schule, der Skate- und Trendsporthalle und die Planungen für das neue Jugendhaus „Arena“.

Der **Skaterplatz** – die unendliche Geschichte! Der Skaterplatz war zuerst am südlichen Ende des Parkplatzes beim Dornbirner Bahnhof vorgesehen. Er wurde dann aufgrund der Entwicklung des Bauprojektes der Sozialversicherung der Selbständigen und der Bauern mit öffentlicher Tiefgarage, die die Parkplatz-Situation am Bahnhof verbessert, an diesem Standort fallen gelassen. Beim neuen geplanten Standort im Hermann-Gmeiner-Park stellten sich sogleich neue planerische Schwierigkeiten ein. So haben die Anrainer und die Stockschützen berechnete Einwände wegen hoher Lärmbelastung und einer drohenden Verkleinerung ihrer Trainingsmöglichkeit. Derzeit ist Stillstand bei diesem Projekt. Ein Projekt, das gemeinsam mit den Skatern entwickelt wurde und nur noch umgesetzt werden musste. Unserer Meinung nach wäre es

wichtig, dass die Skater, wie ihnen bei der Auflösung ihrer „Skater-Halle“ in der Messe vor Jahren versprochen wurde, eine neue überdachte Möglichkeit zum Skaten bekämen. Wir sind der Überzeugung, dass es jetzt wichtig ist, mit den Skatern zusammensitzen und über eine kurzfristige Übergangslösung für den Skaterplatz in einer Halle nachzudenken, bis das Projekt der Skate-Trendhalle im Areal der Arena Höchsterstraße verwirklicht werden kann.

Die Dornbirner SPÖ konnte viele wichtige Anliegen erfolgreich im Budget 2021 einbringen, vor allem in den Bereichen **Bildung, aktive Arbeitsplatzpolitik, Gesundheit, Verkehrs- und Hochwassersicherheit, Infrastruktur, Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen und Sport** haben wir viel erreicht. In den nächsten Jahren werden wir als politisch Verantwortliche in Dornbirn noch vor weiteren schwierigen Herausforderungen stehen. Fragen nach leistbarem Wohnraum für unsere Kinder, die Veränderung der ganzen Gesellschaft durch die Folgen von Corona sowie durch den digitalen Wandel, der Klimaschutz und ein gutes Zusammenleben in Dornbirn werden uns in Zukunft noch viel stärker beschäftigen.

Weil es in einer äußerst schwierigen Situation gelungen ist, gemeinsam ein Budget zu erstellen und weil die Dornbirner SPÖ viele ihrer Anliegen erfolgreich durchsetzen konnte, stimmt die SPÖ dem Budget 2021 zu, trotz einiger Kritikpunkte. Anders als in der Bundespolitik, wo die Türkis-Grüne Bundesregierung die anderen Parteien selten oder nur sehr spät einbindet, herrscht in Dornbirn ein grundsätzlich gutes Arbeitsklima zwischen den Parteien, anders wäre ein gemeinsames Budget nicht möglich.

An dieser Stelle darf ich seitens der Dornbirner SPÖ Peter Johler und Mag. Guntram Mathis von der Finanzabteilung die Anerkennung für ihre professionelle und kooperative Arbeit bei der Budgeterstellung aussprechen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtrat Christoph WAIBEL gibt namens der Fraktion „Liste Christoph Waibel – Freiheitliche Dornbirn“ folgende Äußerungen zum vorliegenden Voranschlagsentwurf 2021 ab:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
geschätzte KollegInnen Stadträte,
hohe Stadtvertretung.

Ja, dieses unsägliche Corona-Jahr hat sowohl das Budget der Stadt Dornbirn, als auch die Pläne innovativer zu handeln, neuen Ideen Raum zu geben und alte – ungute – Zöpfe abzuschneiden maßgeblich beeinflusst und verhindert.

Ich möchte ihnen dies nur ganz kurz aus Sicht des Hochbaus skizzieren. Wir haben als Abteilung alle Pläne, Notwendigkeiten und Wünsche zusammengetragen und sind mit einer Kalkulation von knapp 21 Millionen Euro in die Verhandlungen gestartet. In mehreren Verhandlungsrunden wurden dann fast 4,7 Millionen gestrichen – also fast ein Viertel des gesamten Hochbau-Budgets. Schlussendlich landen wir aber wieder fast beim Ausgangswert, weil wir die abgebrannte Ausweichschule respektive den Neubau ins Budget aufnehmen mussten. Wobei man fairerweise

festhalten muss, dass zumindest ein größerer Teil über die Abdeckung durch die Versicherung zurück kommt.

Was aber für mich als Hochbau-Stadtrat der springende Punkt ist: Diese fast 5 Millionen an Einsparungen werden wir als Kosten bald wieder sehen. Es handelt sich größtenteils um Instandhaltungen und Sanierungen. Wir sind als Stadt Dornbirn nicht nur Besitzer von rund 250 Gebäuden, damit gehen auch enorme Kosten einher. Diese können nur bedingt auf- oder verschoben werden. Ein einfaches Beispiel: Das Dach einer Schule ist seit mehreren Jahren undicht. Natürlich kann man das eine Zeit lang flicken. Nur dringt immer wieder Wasser ein. Und irgendwann stehen sie vor der Situation, dass Mauerwerk oder Gebälk Schaden genommen haben und der Neubau des Daches um vieles teurer ist und in Wahrheit unnötige Zusatzkosten entstehen. Und gerade deswegen habe ich – auch in Corona-Zeiten – etwa in diesem Bereich auf komplette Dachsanierungen bei der VS Schoren und Kindergarten Forach beharrt. Auch werde ich mein gegebenes Versprechen keinesfalls brechen, die desolaten sanitären Anlagen in der VS Markt zu erneuern. Und trotzdem gibt es schmerzliche Verschiebungen bei der Instandhaltung – auch in Schulen und Kindergärten – die aber spätestens beim nächsten Budget wieder auftauchen werden.

Ich halte der Ordnung halber fest, dass wir trotz Corona an den Großprojekten Turn- und Veranstaltungshaus Haselstauden, Neubau sprich Wettbewerb und Planungen Volksschule Forach oder die laufenden immensen Investitionen im Krankenhaus Dornbirn festhalten. Dies gibt auch für die heimische Wirtschaft in diesen schweren Zeiten eine gewisse Planungssicherheit – aus meiner Sicht eine Maßnahme, die wir im kommenden Jahr oder wohl eher in den kommenden Jahren ausbauen werden müssen um Arbeitsplätze zu sichern. Ich sehe das als Verpflichtung für eine Stadt, die ja schlussendlich das Steuergeld seiner Einwohner nur verwaltet und gerade in Krisenzeiten sinnvoll und treffsicher einsetzen soll.

Ein Budget darf aber nicht nur durch die Zahlenbrille gesehen werden – sie kennen den Spruch: Ein Budget ist die in Zahlen gegossene Politik. Und beim Blick auf die Dornbirner Politik des vergangenen Jahres muss ich mir schon deshalb Luft machen, damit ich vielleicht im kommenden Jahr besser atmen kann. Aus meiner Sicht ist das Konstruktive deutlich zu kurz gekommen. Und das liegt nicht einmal daran, dass heuer zweimal Wahlkampf vieles lahm gelegt hätte. An die Tatsache, dass Dornbirn verkehrstechnisch oft im wahrsten Sinne des Wortes steht, kann, will und werde ich mich nicht gewöhnen. Ein Gesamtkonzept fehlt. Einzelne Straßen mit Einbahnen zu sperren oder mit 30er Zonen unattraktiv zu machen, sind keine tauglichen Mittel. Inzwischen ersticken die Menschen in Dornbirn auch an den Ausweichrouten und Schleichwegen im Verkehr. Mehrere Bürgerinitiativen und Unterschriftenlisten beweisen das. Und das hat rein gar nichts mit zusätzlichen Fahrradwegen oder dem Ausbau des ÖPNV zu tun. Aber nicht nur hier fehlen Visionen, oder sie sind nicht erwünscht. Wie etwa auch der Diskurs in anderen Bereichen nicht gewünscht und gewollt ist. Denken sie an die Sicherheitsdiskussion am Bahnhof. Kritik an den Zuständen dort von meiner Seite wird abgetan mit Stehsätzen wie „das sei eine subjektive Wahrnehmung, es würden ja viele Kameras hängen“. Und wenn dann eine Stunde lang im Radio ein Anrufer nach dem anderen die unhaltbaren Zustände anprangert, wird das einfach nicht zur Kenntnis genommen. Und nun stellt sich die Frage, wie gewisse Dinge hier laufen. Ich mach es an drei Beispielen fest. Etwa die beiden 3.500 m² großen Grundstücken, die die Stadt im Baurecht quasi gemietet hat – das Volumen 15 Millionen Euro. Mitten in der Corona-Zeit wurde dieser schlechte Deal durchgepeitscht, in keinem Ausschuss davor besprochen, nicht einmal in einer

Stadtvertretung diskutiert und abgestimmt sondern durch einen Umlaufbeschluss per Post. Nur zum Vergleich - 15 Millionen, das ist eine komplette neue Schule. Und am Ende der 50 Jahre Laufzeit gehört das Grundstück nicht einmal der Stadt, wenn die Besitzer des Grundstücks das wollen muss etwa ein Gebäude, das dort drauf gebaut wurde, sogar abgerissen werden. Keine Information im Vorfeld nach dem Motto: Achtung das kommt jetzt bald oder wir möchten das Thema angehen. Und beim Thema nicht informieren gleich zum zweiten Beispiel. Am Bahnhof steht demnächst der Bau des SVS Büro Gebäudes an. Ein Großbau, der ebenfalls mit der Rechtfertigung schnellstens durchgezogen werden musste, weil die SVS eine dringende Entscheidung brauche. Was dem Stadtrat und dem zuständigen Ausschuss verschwiegen wurde: Die SVS hat sich eigentlich für ein ganz anderes Grundstück, auch in der Nähe vom Bahnhof interessiert. Kein Wort darüber irgendwo, womit der Stadtrat seinen Beschluss eigentlich basierend auf falschen Tatsachen trifft. Über was der Stadtrat informiert wird, entscheidet die Bürgermeisterin offensichtlich in manchen Fällen selbst, was das dritte Beispiel zeigt. Wir haben als Freiheitliche im Gesundheits- und Krankenhaus Ausschuss den Vorschlag gemacht, das Krankenhauspersonal, das direkt mit Corona zu tun, mit einer Sonderzahlung für die gefährliche und teils übermenschliche Arbeit zu belohnen. Unser Vorschlag 1000 Euro für das direkt betroffene Personal wurde abgeschmettert mit der Begründung, einen solchen Antrag könne man unter Allgemeines im Ausschuss nicht stellen. Was wir zur Kenntnis genommen haben, aber dafür beantragten, dass diese Frage Sonderzahlung im Stadtrat behandelt und geklärt werden solle. Wie immer diese Diskussion ausgegangen wäre ... denn diese Frage wurde durch die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses – die Bürgermeisterin selbst – an den Stadtrat gar nie heran getragen. Noch ein heute aufgetauchtes Thema zum Thema Information. Wir haben heute in der Stadtvertretung gehört, dass im Pflegeheim Birkenwiese das oberste Stockwerk als Coronastation quasi umgewidmet wurde. Es wurde heute an mich herangetragen, es soll bereits Coronafälle in diesem obersten Stock geben. Auch das Personal soll betroffen sein. Kein Wort bis dato davon von offizieller Stelle. Um auf den Punkt zu kommen: Es kann nicht sein, dass im ersten Stock des Rathauses darüber befunden wird, wer welche Information wann oder überhaupt bekommt. Es wird oft darüber gesprochen, dass Dinge in Dornbirn immer schon so gelaufen sind und das dann eben halt so ist. Auch wenn das noch so falsch ist, eben more often than not. Das gilt gerade auch für ganz wenige einzelne Personen im Amt, deren selbstherrliches Agieren und Bestimmen nicht mehr zu akzeptieren ist.

Ich will keinesfalls das Gefühl oder den Eindruck erzeugen, hier sei alles schlecht und wir stünden kurz vor dem Untergang. Die Zusammenarbeit mit allen Parteien funktioniert immer noch besser und ich bin optimistisch, dass die Stadt davon schon bald noch mehr profitieren wird. Und um das geht es schlicht und einfach. Wir werden als Freiheitliche mit Ideen kommen, wir werden mit Lösungsansätzen parat stehen und wir werden auch guten Ideen von anderen bei deren Umsetzung helfen, falls notwendig. Für eine Politik des Verhinderns, nur weil eine Idee den vermeintlich falschen politischen Farbanstrich hat, sind wir nicht zu haben. Und wir werden das Abschneiden von alten Zöpfen fordern. Das kann durchaus leise geschehen – politisches Kleingeld zu wechseln ist unsere Sache nicht, den Beweis haben wir vor einem Jahr kurz vor der Wahl mit unserer Zustimmung fürs Budget erbracht. Also leise, wenn gewünscht – aber laut wenn notwendig.

In diesem Sinne werden wir als Freiheitliche Dornbirn unsere Zustimmung zum Budget heuer nicht erteilen.“

Stadtvertreter Günter SCRINZI berichtet, dass sich der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Fäßler durch einen Sturz schwer verletzt habe und operiert werden musste. Wolfgang Fäßler bedauere sehr, dass er heute nicht persönlich hier sein könne.

Stadtvertreter Günter SCRINZI gibt namens der Fraktion „NEOS – Dornbirn“ folgende Äußerungen zum vorliegenden Voranschlagsentwurf 2021 ab:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
geschätzte Mitglieder der Gemeindevertretung,
werte MedienvertreterInnen und Gäste,

zuerst einmal herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit über die Fraktionsgrenzen hinweg. Der regelmäßige Gedankenaustausch konnte nach der Wahl nochmals vertieft werden. Danke auch an die Mitarbeiter der Stadt Dornbirn, die uns mit allen notwendigen Informationen versorgen. Im Speziellen einen Dank an Stadtamtsdirektor Herrn Hanno Ledermüllner, der uns immer wieder kompetente Auskünfte und Informationen rasch zukommen lässt.

Wir verstehen nicht, dass wir den 293 Seiten umfassenden Budgetentwurf erst im Zuge des letzten Finanzausschusses zur Einsicht bekamen. Wie in dieser kurzen Zeit eine fundierte Meinung gebildet werden kann, ohne die gesamte Rathausmann- und Frauschaft vollständig zu vereinnahmen, soll uns bitte erklärt werden.

Um die Beschlussfassung nicht unnötig in die Länge zu ziehen, beschränken wir uns auf einige wenige, aber wichtige Punkte.

Das Anliegen der NEOS war und ist,

- das Steuergeld der Bürger sparsam und verantwortungsvoll einzusetzen
- Transparenz bei allen Vergaben durch die Stadtregierung
- Aufrechterhaltung wichtiger gemeinschaftlicher Einrichtungen wie z. B. im Bereich der Bildung, bei der Infrastruktur, aber auch bei den „schönen Dingen“
- wo private Firmen Leistungen erbringen können, soll sich die Stadt heraushalten
- die Zukunft nicht aus den Augen verlieren: wir NEOS stellen uns die Frage, welche Stadt wollen wir unseren Kindern & Enkeln hinterlassen. Wie soll sich Dornbirn im Bereich des Verkehrs, der Umwelt, der Finanzen, Grund- und Bodenmanagement, Digitalisierung etc. weiterentwickeln? Wir fordern eine Vision für unsere Stadt nicht nur für die nächsten 5 Jahre, unsere heutigen Entscheidungen sollen darüber hinaus reichen.

Nachfolgend möchten wir NEOS auf einige uns wichtige Punkte etwas konkreter eingehen:

Bei der Analyse des Budgetentwurfes fällt uns auf, dass die Personalkosten mit rund 116 Mio. veranschlagt sind. Somit ist wieder etwas mehr als 1/3 vom gesamten Budget mit diesen Fixkosten gebunden. Die Mehrleistungsvergütungen an die städtischen Bediensteten, übersetzt „Überstunden“, werden mit 1,56 Mio. Euro budgetiert.

Für uns NEOS ist es selbstverständlich, aus Qualitätssicherungsgründen die Tätigkeiten und Abläufe eines Betriebes zu hinterfragen. Das Unternehmen Stadt Dornbirn hat mit den stetig steigenden Personalkosten eine große Aufgabe vor sich, die es abuarbeiten gilt. Diese wachsenden Ausgaben stehen nämlich in keinem Verhältnis zur Entwicklung der zu erwartenden

Einnahmen. Außerdem beschränken die enorm hohen Personalkosten das freie Budget sehr stark! Die Handlungsfreiheit wird immer stärker eingeschränkt.

Wir NEOS haben schon jahrelang davor gewarnt, dass die laufenden Kosten reduziert werden müssen: denn wenn diese einmal nicht mehr über die laufenden Einnahmen gedeckt werden können, müssen für den laufenden Betrieb Schulden gemacht werden. So werden wir in Zukunft nicht einmal mehr die Löhne bezahlen können, geschweige unser Sozialsystem aufrechterhalten können. Wie die Ereignisse des Jahres 2020 gezeigt haben, sind wir niemals vor neuen Unglücken gefeit! Daher sollte es unsere oberste Priorität sein, dass unser Defizit in den nächsten Jahren nicht so exorbitant ansteigt wie in der Vergangenheit. Wir erinnern wieder daran, dass Dornbirn eine der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen in Österreich hat!

Im Budget sind ca. 42 Mio. Euro an Investitionsvolumen für Aufträge an die heimische Wirtschaft vorgesehen. Das ist an sich ein schöner Betrag, aber wir NEOS sind der Meinung, dass dieser um 20 bis 25 Mio. Euro erweitert werden könnte. Denn es gibt genug Dornbirner Klein- und Mittelbetriebe, die in der nächsten Zeit Arbeit dringend benötigen und gleichzeitig die MitarbeiterInnen der Stadt entlasten könnten. Genau diese Betriebe waren es schon früher, und sie werden es auch in dieser schwierigen Zeit wieder sein, die verlässlich die Kommunalsteuer bringen. Unsere lokalen Fachbetriebe haben qualifizierte Fachkräfte, sind leistungsorientiert und müssen nur so lange bezahlt werden, wie sie schlussendlich auch gebraucht werden. Konkret werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bestand an gemieteten Maschinen und Gerätschaften im Werkhof überprüft wird. Speziell Langzeitmieten und Kostenbeteiligungen müssen mittels genauer Kostenrechnungen geklärt werden. Wichtig ist für uns die Effizienz und Kostenwahrheit zu berücksichtigen, ohne dabei die Resilienz, die sogenannte „Stehaufmännchen-Kompetenz“, im Falle einer Katastrophe zu verlieren.

Ein Wasserversorgungssystem mit 13,7 % Wasserverlust hat dringenden Sanierungsbedarf. Auch beim Kanalsystem werden sich die laufend zurückgestellten Sanierungsarbeiten bitter rächen. Da müssen die erforderlichen Mittel schnellstmöglich zur Verfügung gestellt werden. Wir setzen großes Vertrauen in die Fähigkeiten der Mitarbeiter in der Tiefbauabteilung, um die bestmöglichen Förderungsmodelle bedienen zu können. Es darf uns aber gleichzeitig nicht von der Verantwortung entbinden, die Maßstäbe Sparsamkeit, Wertbeständigkeit, Zweckmäßigkeit und Lebenszykluskostenbetrachtung verantwortungsvoll anzuwenden. Zum Beispiel müssen die großzügigen Granitrandsteine, wie sie zuletzt bei der Straßensanierung in der Sebastianstraße eingesetzt wurden, fraktionsübergreifend hinterfragt werden, um die Kosten zu reduzieren. Die vorhandenen budgetären Mittel sind zukünftig wesentlich effizienter in die Sanierung des Wasserversorgungs- und Entsorgungssystem einzusetzen, anstatt in Straßen-oberflächlichem, kosmetischem Beiwerk zu vergeuden.

Weiteres sehen wir Handlungsbedarf für die Sanierung der gesamten Straßenbeleuchtung in Dornbirn. Die Umstellung auf LED-Technologie führt zu einer Reduzierung beim Energieaufwand, Wartungsaufwand und trägt zum verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen bei. Es gilt aber auch hier nicht das Kind mit dem Bad auszuschütten. Denn bewusst auf Erfahrungswissen verzichten zu wollen, um der neuen Technologie uneingeschränkt Platz einzuräumen, kann auch einen Schuss nach hinten bedeuten.

Eine absolute Notwendigkeit sehen wir NEOS nach wie vor in der Gestaltung eines Parkleitsystems in Dornbirn. Wenn im Rechnungsabschluss das fehlende Parkleitsystem als Grund

für eine geringe Auslastung einer Tiefgarage angeführt wird, ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Auch für die Frequenzerhöhung der Innenstadt ist ein solches Parkleitsystem enorm wichtig, damit Kunden, die von auswärts in die Stadt kommen, auf der Suche nach einem Parkplatz nicht sinnlos durch verstopfte Straßen stauen. Abgesehen davon sind wir mit 50.000 Einwohnern die größte Stadt des Landes, bei der Verkehrsleitung hinken wir den kleineren Gemeinden aber seit Jahren hinterher!

Im Rappenloch gehen die Uhren offensichtlich anders: Es wird vom zuständigen Stadtrat eindrücklich ersucht, dass die neue Brücke im Jahr 2021 umgesetzt wird. Im Budget sind aber gerade mal 500.000 Euro vorgesehen. Wenn das Rappenloch, wie zuletzt beschlossen, auf die Breite eines Fußballfeldes aufgesprengt werden soll, wird das budgetierte Geld garantiert nicht reichen. Und bitte liebe Frau Bürgermeisterin: nicht wieder sofort behaupten wir NEOS würden Falschmeldungen verbreiten. Eigenständiges Denken hat Dornbirn erfolgreich gemacht!

Ein weiteres Beispiel für die manchmal kurz gedachten Aktionen der Stadt ist der Schlachthof: Wenn dieser in Dornbirn geschlossen wird, bevor ein Neuer gebaut ist, verlieren unsere Bauern und Viehzüchter eine weitere Möglichkeit, ihr Vieh zu vermarkten. Unkontrollierbare und lange Tiertransporte sind - wie die Vergangenheit gezeigt hat - die Folgen. Denn der Markt reagiert schnell: Wenn eine Schiene zugeht, werden die Fleischverarbeiter neue Zulieferwege finden. So wird es immer schwieriger Tiere lokal und kostendeckend zu vermarkten. Eine Kombination von Schlachthof, Transportbetrieb und Kühlhaus sichert nicht nur die Versorgung der Bevölkerung, dies generiert Arbeitsplätze und trägt zu weiteren Einnahmen an Kommunalsteuer bei.

In den vergangenen 5 Jahren haben wir NEOS regelmäßig in den Budgetreden zum Sparen aufgefordert. Wir haben eine bessere Ausgabenkontrolle eingefordert. Die vergangenen Jahre waren wirtschaftlich enorm erfolgreich und es hätte der Stadtregierung gut angestanden, nach dem Motto „spare in der Zeit, dann hast du in der Not“, unseren Forderungen nachzukommen. Stattdessen wurden wir vielfach belächelt und das Geld wurde leichtfertig ausgegeben.

Wir NEOS sehen uns als lösungsorientierte MitdenkerInnen. Es ist uns bewusst, dass diese Sichtweise für manche alteingesessene PolitikerInnen anstrengend ist. Deshalb sind wir als einzige Oppositionspartei über unseren Schatten gesprungen und haben bei der Gebührenerhöhung mit gestimmt. Die ÖVP ist aber offensichtlich noch nicht in der Lage das Zeichen einer ausgestreckten Hand zu deuten. Wir werden daher dem vorliegenden Budget nicht zustimmen und weiter darauf hoffen, dass irgendwann einmal alle Fraktionen in der Budgeterstellung aktiv und konstruktiv mitarbeiten können.

Es gibt viel zu tun! Wir NEOS sind wie in den vergangenen Jahren bereit, Möglichkeiten und Wege zu beschreiten, um die anstehenden Probleme zu lösen und abzuarbeiten.

Danke!“

Schlusswort der Bürgermeisterin zur Generaldebatte

Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea KAUFMANN bedankt sich in ihrer Replik bei den Budgetrednern. Sie verhehle nicht, dass sie sich in dieser schwierigen Situation in der sich die Stadt und die ganze Welt befinde, von den Fraktionen mehr Solidarität für die gemeinsame Beschlussfassung des Budgets erwartet hätte; das vor allem auch vor dem Hintergrund der zahlreichen gemeinsamen Besprechungen mit den Regierungsfractionen und dem Eingehen auf ihre Bedürfnisse. Sie könne auch manche Argumente beim besten Willen nicht nachvollziehen. Der SPÖ Fraktion danke sie ausdrücklich für die Zustimmung.

Zu den Ausführungen von StR. Juliane Alton

In ihrer Budgetrede beklage sie wiederholt mangelnde Informationen und fehlende Auskunftsbereitschaft bei Nachfragen. Sie könne sich nicht vorstellen, dass bei Nachfragen in der Finanzabteilung keine Auskünfte erteilt worden seien. In den zuständigen Ausschüssen haben man die Budgetposten im Detail dargestellt, beraten und auf Wunsch der Fraktionen sogar abgeändert. Ausschüsse seien dazu eingerichtet, die sachbezogenen Fragen im Detail zu diskutieren und zu beraten. Sie bitte, das auch zu nutzen. Fragen nach Detailbudgets habe man noch nie verwehrt. Es habe aus ihrer Sicht selten eine so offene, aktive Informationspolitik gegeben, wie es von ihrer Seite gepflegt werde. Dass Transparenz, Offenheit und eine kooperative Arbeit fehle, weise sie entschieden zurück. Das sei eine subjektive Einschätzung der Fraktion, die sie nicht nachvollziehen könne. Sie erlebe und höre das von anderen komplett anders.

Zu den Ausführungen von StR. Christoph Waibel

Sie könne die Gründe der Ablehnung nicht nachvollziehen, zumal man monatelang gemeinsam ein Budget erstellt habe. Als Begründung anzugeben, im Gesundheitsausschuss sei beim Tagesordnungspunkt Allfälliges ein Antrag auf Auszahlung einer Prämie gestellt worden, der nicht im Stadtrat behandelt worden sei, finde sie etwas seltsam. Hier liege ganz offensichtlich ein Missverständnis über die Zuständigkeiten vor; außerdem könne unter dem Tagesordnungspunkt Allfälliges kein Antrag gestellt werden. In diesem Zusammenhang habe sie sogar erklärt, dass man in Verhandlungen mit der Personalvertretung und der Krankenhausleitung sei, um eine angemessene monetäre Anerkennung für die erbrachten Leistungen zu finden. Im Übrigen habe man mit dem Landeskrankenhausträger vereinbart, dass derartige Zahlungen miteinander abgestimmt werden. Zuständige Dienstrechtsbehörde sei für die Gewährung dieser Zahlung die Bürgermeisterin und nicht der Stadtrat.

Zum Punkt Filtern von Informationen: Sie filtere ganz sicher keine Informationen. Sie habe eine offene Tür für alle und gebe Informationen hinaus an jene, die sie brauchen oder wollen. Sie berichte auch sehr breit und ausführlich im Stadtrat.

Zu den Ausführungen von StV. Günter Scrinzi

Er habe ausgeführt, dass die Stadt die höchste Pro-Kopf-Verschuldung habe. Diese Zahl sei finanztechnisch nicht vergleichbar. Es gebe auch keine vergleichbare Stadt, die ein städtisches Krankenhaus führe oder Pflegeheime als Eigenbetriebe führe; auch die „Stadtwerke“ seien in Dornbirn nicht ausgegliedert. Wenn eine Zahl vergleichbar wäre, dann sei das die Maastricht-Verschuldung.

Zum Punkt Schlachthof: Sie verstehe nicht, warum die Stadt jetzt wieder zuständig sein soll, dass vielleicht nicht mehr geschlachtet werde. Es gebe einen einstimmigen Beschluss der Stadtvertretung aus dem Jahr 2016, wonach der Schlachthof nicht mehr in städtischer Hand geführt werde. Man habe beschlossen, ihn auf zwei Jahre einem privaten Betreiber als Bittleihe zu überlassen. Innerhalb dieser zwei Jahre müsse das Land gemeinsam mit Privaten ein Konzept für

einen Schlachthof erstellen. Man habe dann zusätzlich beschlossen, den Vertrag im äußersten Notfall auf fünf Jahre zu verlängern. Im Jahr 2021 laufe dieser einstimmige Beschluss aus. Es sei definitiv nicht die Aufgabe der Stadt Dornbirn, ein Betriebskonzept und einen Standort für einen Schlachthof im Land Vorarlberg zu erstellen.

Die Aussage, dass die Stadt Dornbirn in den letzten Jahren das Geld leichtfertig ausgegeben habe, weise sie entschieden zurück. Die Neos seien jetzt als Mitglied in den Ausschüssen vertreten. Dort könne man sich aktiv einbringen und Vorschläge machen, wo gespart werden soll.

Zu den Ausführungen von Vizebürgermeister Markus Fäßler

Markus Fäßler sage sie herzlichen Dank. Er habe als Vizebürgermeister mit seiner Fraktion bewiesen, dass er Verantwortung für diese Stadt übernehmen könne in dieser schwierigen Zeit. Sie bedanke sich für die Zustimmung und für die gemeinsame Arbeit und hoffe, dass der Budgetbeschluss im Sinne der Dornbirner Bevölkerung gefasst werde.

Beschluss

1. Der Voranschlag der Stadt Dornbirn wird wie folgt festgestellt:

	Ergebnis- voranschlag in €	Finanzierungs- voranschlag in €
Mittelaufbringung	283.488.400,00	308.872.100,00
Mittelverwendung	277.259.900,00	310.749.800,00
Saldo	+ 6.228.500,00	- 1.877.700,00

2. Die Finanzkraft gemäß § 73 Abs 3 GG beträgt für 2021 € 103.912.300,00.

(gegen 14 Stimmen der GRÜNEN (7), FPÖ (4) und NEOS (3))

15 Ermächtigung des Stadtrates gemäß § 76 Abs 2 Gemeindegesetz

Die VORSITZENDE führt aus, dass es sich um einen einstimmigen Antrag aus dem Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft handle.

StR. Dr. Juliane ALTON merkt an, dass das grundsätzlich so gemacht werden könne. Sie würde die Dinge lieber grundsätzlich bei der Stadtvertretung belassen, weil hier die Entscheidungen am transparentesten fallen und jeder seine Argumente vorbringen könne.

Beschluss

Gemäß § 76 Abs 2 Gemeindegesetz ermächtigt die Stadtvertretung den Stadtrat für 2021 Mehrausgaben - bei gegebener Bedeckung im Sinne des § 76 Abs 1 - bis zur Höhe von maximal 0,3 % der Finanzkraft zu beschließen.

(gegen 6 Stimmen der GRÜNEN)

16 Genehmigung des Protokolls der 3. Sitzung der Stadtvertretung vom 17. November 2020

Das Protokoll über die 3. Sitzung der Stadtvertretung vom 17. November 2020 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

17 Allfälliges

17.1 Corona-Situation in den Pflegeheimen

StV. Ingrid BENEDIKT bedankt sich beim Personal in den Heimen, im Spital und in den Pflegeeinrichtungen für die großartige Arbeit, die geleistet wird.

Sie habe ein spezielles Anliegen.

Sie berichtet, dass ihre Mutter im Pflegeheim Birkenwiese sei und dort wunderbar betreut werde.

Am Freitag, 4.12. um 10.15 Uhr sei sie telefonisch vom Pflegeheim informiert worden, dass es einen Verdacht auf COVID 19 gebe und dass im Moment niemand besuchen kommen dürfe.

Am Montag, 7.12. habe sie am Vormittag nachgefragt, was nun bei den Testungen herausgekommen sei. Man sagte ihr, dass noch gar nicht getestet wurde; die Testungen würden am Nachmittag durchgeführt.

Am 8.12. lag immer noch kein Testergebnis vor.

Erst am 9.12. habe man Entwarnung gegeben.

Es könne nicht sein, dass das so lange dauere. Die Bewohner seien alleine in ihren Zimmern gewesen und hätten erst nach fünf Tagen erfahren, was Sache ist. Diese Situation sei untragbar; auch für das Personal.

Sie appelliere an die Stadt, dass das in Zukunft anders gemanagt werde. Die Stadt könnte z. B. selber Tests ankaufen. Man hätte ein Team vom Roten Kreuz organisieren können, das am Freitag gekommen wäre.

Sie habe heute erfahren, dass der erste und zweite Stock schon zu seien. Hier gebe es positive Fälle. Man habe ihr mitgeteilt, dass heute und morgen das gesamte Personal und die Bewohner getestet würden. Das bedeute wieder warten auf die Ergebnisse. Sie verstehe nicht, warum nicht schon am Freitag getestet wurde. Dann wüsste man jetzt schon Bescheid.

Sie ersucht, das Management zu überdenken. Die Stadt soll hier aktiv werden.

Die VORSITZENDE merkt an, dass das geprüft werde.

17.2 Silvesterfeuerwerk

StV. Ingrid BENEDIKT berichtet, dass die Stadt das Kinderfeuerwerk Gott sei Dank abgesagt habe. Das sei eine gute Entscheidung. Es gehe um Feinstaub, die Umweltbelastung, den Lärm und nicht zuletzt um den Müll. Bei einer Inversionswetterlage würden die Menschen ganz besonders leiden. Viele Coronapatienten hätten Atemprobleme.

In den Niederlanden z.B. würden Feuerwerke heuer gänzlich verboten.

Es wäre jetzt eine gute Zeit, für das nächste Jahr einen Anlauf zu nehmen und zu überdenken, ob Silvesterfeuerwerke nicht generell abgesagt werden sollen. Man könnte z. B. statt eines Feuerwerks Lichtprojektionen installieren. Es gebe in Dornbirn viele schöne große Wände, die man dafür benützen könnte. Die Projektionen könnten auch über die Stadt verteilt werden. Eine Idee wäre, z. B. den Breitenberg anzustrahlen. Es gebe viele Möglichkeiten; darüber sollte diskutiert werden. Die Stadt würde hier als Vorreiter auch in Sinne des Klimaschutzes dastehen.

Die VORSITZENDE merkt an, dass es derzeit Lichtprojektionen am Marktplatz gebe. Schon vor Corona habe man sich mit dem Thema auseinandergesetzt und überlegt, heuer statt dem Silvesterfeuerwerk eine Lichtprojektion oder Lasershow durchzuführen.

17.3 Ausweischule Fischbach

StV. Günter SCRINZI fragt nach, ob schon ein Brandschutzgutachten vorliege und ob die Brandursache mittlerweile bekannt sei.

Die VORSITZENDE merkt an, dass der Endbericht noch nicht vorliege. Sobald der Bericht vorliege, werde darüber berichtet.

17.4 Covid-Testwochenende

StR. DI Martin HÄMMERLE bedankt sich dafür, dass das Covid-Testwochenende so gut funktioniert habe. Allerdings hätten nur ca. 25 % der Bevölkerung daran teilgenommen. Auch die Wahlbeteiligung sei mit ca. 48 % sehr niedrig gewesen. Es soll überlegt werden, wie die Bevölkerung dazu motiviert werden könne.

Die VORSITZENDE ergänzt, dass versucht werden müsse, die Bevölkerung besser zu erreichen; gewisse Gruppen hätten gefehlt.

17.5 Schlussworte

Die VORSITZENDE bedankt sich herzlich für die Zusammenarbeit und die geleistete Arbeit für die Stadt Dornbirn. Es sei nicht selbstverständlich, sich zu engagieren und einzubringen. Sie wünsche schöne Weihnachtsfeiertage.

Ende der Sitzung

22:12 Uhr

Die Schriftführerin
Karin Rusch

Die Vorsitzende
Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann